Monatsspiegel

März 2013

SPD Erlangen

Adressaufkleber

„Es gibt keine Befreiung der Menschheit ohne die soziale Unabhängigkeit und Gleichstellung der Geschlechter“

Schlaglichter zum Internationalen Frauentag

Von Dieter Rosner
Kreisvorsitzender

Die Sexismus-Debatte, die in den letzten Wochen mit breiter öffentlicher Aufmerksamkeit in nahezu allen Medien geführt wurde, hat den Finger in eine offene Wunde der herrschenden Geschlechterordnung gelegt. Durch die allgegenwärtigen Erscheinungsformen von Sexismus und Diskriminierung bis hin zu Gewalt wird Frauen immer wieder drastisch vor Augen geführt, dass Demütigungen und die Reduzierung auf ihren Körper zu ihrem Alltag gehören. #AUFSCHREI auf Twitter dokumentiert die Erfahrung und Empörung vieler Frauen. Es geht um Macht und Sexualität in einer nach wie vor von Männern dominierten Gesellschaft. Die zu Recht öffentlich skandalisierten männlichen Grenzüberschreitungen führen zu der Frage: Wie sollen und wollen Frauen und Männer miteinander umgehen? Diese Frage ist alles andere als banal: Sie berührt einen wichtigen Aspekt im Kampf um mehr Gleichberechtigung der Geschlechter. Für uns muss es darum gehen, sexistische Diskriminierung nicht länger zu dulden. Die Forderung lautet: Mehr Respekt und Selbstbestimmung statt Gewalt und Übergriffe!

Vielfach wurde geäußert, dass es sich bei einem Verhalten wie dem von Herrn Brüderle doch eigentlich um Einzelfälle handele oder um zumeist tolerables Verhalten, das „frau“ aushalten könne und nicht zu ernst nehmen sollte. Die Zeitschrift Focus fragt zweideutig „Was darf Mann noch?“

In einem lesenswerten Kommentar zur Sexismus-Debatte analysieren Charlotte Diehl, Jonas Rees und Gerd Bohner von der Universität Bielefeld einige Daten und Fakten aus wissenschaftlicher Sicht.

Laut der repräsentativen Untersuchung „Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen“ im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) haben insgesamt 58,2 Prozent aller befragten Frauen Situationen sexueller Belästigung erlebt, sei es in der Öffentlichkeit, im Kontext von Arbeit und Ausbildung oder im sozialen Nahraum.

Die am 14. Februar durchgeführte weltweite Kampagne ONE BILLION RISING, die auch in Erlangen stattfand, hat darauf hingewiesen, dass eine von drei Frauen auf diesem Planeten im Laufe ihres Lebens geschlagen oder vergewaltigt wird. Die Kampagne verfolgt das Ziel, Gewalt gegen Frauen und Mädchen zu beenden. In den weitaus häufigsten Fällen sexueller Belästigung sind die Opfer Frauen und die Täter Männer.

Die Konsequenzen sexueller Belästigung sind für die Betroffenen oft schwerwiegend. Sie reichen von primären Auswirkungen sexueller Belästigung wie Angst, Unsicherheit und psychosomatischen Beschwerden bis hin zu sekundären arbeitsbezogenen Konsequenzen wie geringeren Karrierechancen durch Leistungsabfall und häufigen Krankenstand. Studien zeigen, dass Personen in der Regel unterschätzen, wie schockierend die reale Belästigungssituation für Opfer ist, und wie viel Überwindung es kostet, sich aktiv zur Wehr zu setzen.

Sexuelle Belästigung kann nicht darauf zurückgeführt werden, dass

Fortsetzung auf Seite 3

05.03.	19:00	Distrikt Süd: Jahreshauptversammlung	Röthelheim-Biergarten	S. 28
06.03.	20:00	AsF: Sitzung	August-Bebel-Haus	S. 31
06.03.	20:00	Distrikt Frauenaurach: Jahreshauptversammlung	TSV Frauenaurach	S. 27
10.03.	11:00	Frauenempfang	Orangerie	S. 32
12.03.	19:00	Distrikt Ost: Jahreshauptversammlung	Waldschänke	S. 28
12.03.	20:00	Distrikt Innenstadt: Jahreshauptversammlung	Orpheus	S. 28
12.03.	20:00	Distrikt Tennenlohe: Distriktsversammlung	Schlossgaststätte	S. 29
12.03.	20:00	Jusos: Mitgliederversammlung	August-Bebel-Haus	
13.03.	15:00	60plus: Jahreshauptversammlung	August-Bebel-Haus	S. 31
13.03.	19:00	Dialogveranstaltung Bildung	IG-Metall-Saal	S. 7
14.03.	19:00	Jahreshauptversammlung	Turnerbund	S. 3
16.03.	09:30	Kreativworkshop zu den Wahlkämpfen	IG-Metall-Saal	S. 7
19.03.	19:00	Distrikt Eltersdorf	Schützenhaus	S. 27
19.03.	20:00	AG Kommunalwahlprogramm	August-Bebel-Haus	S. 9
20.03.	19:30	PG Soziales	August-Bebel-Haus	S. 9
20.03.	20:00	Arbeitskreis Wirtschaft	August-Bebel-Haus	S. 8
20.03.	20:00	Distrikt West: Distriktsversammlung	Zur Einkehr	S. 30
25.03.	19:30	PG Soziales	August-Bebel-Haus	S. 9
26.03.	20:00	AG Kommunalwahlprogramm	August-Bebel-Haus	S. 9
27.03.	20:00	AG Kommunalwahlprogramm	August-Bebel-Haus	S. 9
02.04.	19:30	Distrikt Anger: Distriktsversammlung	Angerwirt	S. 27
03.04.	20:00	Arbeitskreis Frieden und Internationalismus	August-Bebel-Haus	S. 5
09.04.	20:00	AG Kommunalwahlprogramm (optional)	August-Bebel-Haus	S. 9
10.04.	20:00	AG Kommunalwahlprogramm (optional)	August-Bebel-Haus	S. 9
13.04.		Vorstellung der StadtratskandidatInnen		S. 9

Impressum

Herausgeber
SPD-Kreisverband Erlangen
Friedrich-List-Straße 5, 91054 Erlangen

Presserechtliche Verantwortung und Leitung
Philipp Dees
Lichtenfelser Weg 6
91056 Erlangen

Telefon: 09131-483791
monatsspiegel@spd-erlangen.de

Mitarbeit: Lars Thomsen

Druck: Gutenberg Druck und Medien, Uttenreuth

Auflage: 700 Stück

Frauen überempfindlich seien. Vielmehr stimmen Männer und Frauen lt. Forschungsergebnissen weitestgehend überein, wenn es um die (Un-) Angemessenheit bestimmter Verhaltensweisen geht. Männer, die sich trotzdem unangemessen verhalten, tun dies aus Rücksichtslosigkeit oder Feindseligkeit – in jedem Fall aber tun sie es in aller Regel wissentlich. Gerade in hierarchischen Kontexten und meist immer noch männerdominierten Arbeitsfeldern schwingt in der Regel auch die Botschaft mit: „Ich kann es mir erlauben, dich so zu behandeln, und du kannst nichts dagegen tun." (Diehl, Rees & Bohner, 2012)

Die Botschaft muss deshalb vielmehr lauten: Sexismus ist kein Kavaliersdelikt, sondern eine Form von Gewalt und Demütigung, die nicht länger toleriert wird.

Die Ungerechtigkeit zwischen den Geschlechtern lässt sich nicht mit unserer Vorstellung von einer freien und gerechten Gesellschaft vereinbaren. Deshalb sind auch Sozialdemokraten aufgerufen, gemeinsam mit den Genossinnen für eine Gesellschaft ohne Benachteiligung der Frauen zu kämpfen – auch wer nicht direkt von Gewalt betroffen ist, leidet letztlich, ob als Mann oder Frau, darunter, in einer Gesellschaft zu leben, die Gewalt als Element und Stützpfeiler der ungleichen Geschlechterordnung zulässt.

Der Kampf gegen Sexismus ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu mehr Gleichstellung. Genau das ist mit dem wichtigen Satz aus unserem Grundsatzprogramm gemeint, „Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden".

„Frauen und Männer sind gleichberechtigt". So steht es seit über 60 Jahren im Grundgesetz. Die Wirklichkeit sieht in Deutschland auch im März 2013 immer noch anders aus. Die Erwerbsquote von Frauen liegt bei 48 Prozent (Männer 55 Prozent). Die Erwerbstätigenquote von Müttern mit unter dreijährigen Kindern beträgt 32 Prozent (Väter 83 Prozent). 35 Prozent Frauen sind teilzeitbeschäftigt (Männer 6 Prozent), 23 Prozent Frauen arbeiten in Minijobs (Männer 6 Prozent). Frauen verdienen in Deutschland durchschnittlich 22 Prozent weniger als Männer. Dieser Wert, der sogenannte

Vorschläge zur Delegiertenwahl

Um die Vorbereitung der bei der JHV anstehenden Delegiertenwahlen zu vereinfachen, bitten wir alle, die als Delegierte kandidieren wollen, sich bis zum 8. März zu melden (buero@spd-erlangen.de)

Zu wählen bzw. zu nominieren sind Delegierte zum Unterbezirksparteitag (25 Delegierte + Ersatz), zum Unterbezirksausschuss (5 Delegierte + Ersatz), zum Bezirksparteitag (5 Delegierte + Ersatz), zum Landesparteitag (2 Delegierte + Ersatz), zum Landesparteirat (3 Delegierte für den Unterbezirk) und zum Bundesarteitag (1 Delegierte/r + Ersatz).

Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zur

Jahreshauptversammlung

am Donnerstag, den 14. März 2013, 19.00 Uhr
Turnerbund, Spardorfer Straße 79

Als Tagesordnung schlagen wir Euch vor:

1. Eröffnung und Begrüßung
   Ehrung der Verstorbenen
2. Konstituierung
   a) Wahl der Versammlungsleitung
   b) Wahl der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission
   c) Beschluss der Tagesordnung
3. Rechenschaftsberichte (siehe Seite 13ff)
   a) der Kreisvorsitzenden
   b) Gleichstellungsbericht
   c) der Arbeitsgemeinschaften AsF, Jusos, 60plus
   d) Kassenbericht und Bericht der RevisorInnen
   e) Aussprache zu den Berichten
4. Entlastung des Vorstands
5. Wahl des Kreisvorstands
   a) Bericht der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission
   b) Wahl der/des Kreisvorsitzenden
   c) Wahl der beiden stellvertretenden Kreisvorsitzenden
   d) Wahl der Referentinnen und Referenten im geschäftsführenden Vorstand
   e) Wahl der Referentinnen und Referenten im Kreisvorstand
   f) Wahl der Vertreterinnen und Vertreter der Distrikte und Arbeitsgemeinschaften im Kreisvorstand
   g) Wahl der/des Friedensbeauftragten und der/des Ausländerbeauftragten im Kreisvorstand
6. Wahl der RevisorInnen
7. Wahl der Delegierten zum Unterbezirksparteitag (25+Ersatz), Unterbezirksausschuss (5+Ersatz) und zum Bezirksparteitag (5+Ersatz)
8. Vorschlag für die Delegierten zum Landesparteitag (2+Ersatz), kleinen Landesparteitag (3 für den Unterbezirk) und zum Bundesparteitag (1+Ersatz) – die Wahl erfolgt jeweils durch den Unterbezirks- bzw. Bezirksparteitag
9. Anträge (siehe Seite 13)
10. Verschiedenes
    Schlusswort der/des neuen Kreisvorsitzenden

Dieter Rosner Dirk Goldenstein Sandra Radue

„Gender Pay Gap“, hat sich seit 1995 im Wesentlichen nicht verändert und liegt deutlich über dem Durchschnitt von 16,2 Prozent in der Europäischen Union. Im Arbeitsleben treffen Frauen weiterhin auf geschlechtsspezifische Arbeitsmärkte, die ihre Zugangs- und Aufstiegschancen begrenzen. Frauen arbeiten häufiger in schlechter bezahlten Berufen, häufiger in kleineren Betrieben und in Positionen mit niedrigerem Status. Sie steigen auf der Karriereleiter nicht so weit nach oben. Sie sind häufiger von Karriereunterbrechungen – beispielsweise durch Schwangerschaft und Elternzeit – betroffen als Männer. Der Frauenanteil in Führungspositionen der Privatwirtschaft liegt bei 25 Prozent, der Frauenanteil bei den Hochschulprofessuren bei 19 Prozent, wobei 53 Prozent der Studienberechtigten mittelweile Frauen sind und ihr Anteil an den absolvierten Promotionen 44 Prozent beträgt.

Da unser Rentensystem maßgeblich auf eigene Erwerbstätigkeit setzt, wundert es nicht, dass Frauen nur 57 Prozent der Versicherungsleistungen von Männern beziehen. Betrachtet man die eigene Altersrente von Frauen, liegt diese in den westdeutschen Bundesländern unterhalb der gezahlten Witwenrenten. Altersarmut ist für viele vorprogrammiert. Die Lebenserwartung von Frauen liegt bei 83, die der Männer bei 78 Jahren. (Ehe-)Partnerinnen bzw. (Ehe-)Partner übernehmen die Funktion der Pflege am häufigsten. Dies werden vor allem die pflegebedürftigen Männer noch in Anspruch nehmen können, während die pflegebedürftigen alten Frauen, die viel häufiger als die Männer schon verwitwet sind, auf andere verwandtschaftliche Hilfe zurückgreifen müssen, vor allem auf ihre Töchter. Zudem sind 79 Prozent der Bewohner/innen von Pflegeheimen weiblich. (Daten aus: Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland, BMFSFJ 12/2012)

Das Geschlecht macht also einen großen Unterschied. Mit der Zugehörigkeit zum weiblichen Geschlecht sind immer noch unterschiedliche Teilhabechancen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen verbunden. Die Entwicklung verläuft in den verschiedenen Bereichen mit unterschiedlicher Geschwindigkeit und auch nicht immer in die gleiche Richtung. Defizite und damit Handlungsbedarf gibt es vor allem bei dem Ziel der gleichen Entlohnung für Frauen und Männer für gleiche bzw. gleichwertige Arbeit, der Durchsetzung tatsächlicher Chancengleichheit für Frauen und Männer auf dem Arbeitsmarkt, einer deutlichen Erhöhung des Frauenanteils in Aufsichtsräten, Vorständen sowie in Leitungspositionen von Wirtschaft, Forschung und Lehre sowie einer guten Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer, die eine partnerschaftliche Aufteilung der Betreuung von Kindern und pflegebedürftigen Familienmitgliedern umfasst.

Das bedeutet, dass Frauen und Männer gleiche tatsächliche – und nicht nur formale – Wahlmöglichkeiten benötigen, um ihr Leben zu gestalten. Das nach wie vor gängige Rollenbild, dem viele Männer bewusst oder unbewusst folgen, bedeutet auch für sie Einschränkungen und den Verzicht auf wichtige Erfahrungen und Entwicklungsmöglichkeiten.

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten müssen deshalb gemeinsam eine konsequente Gleichstellungspolitik über den Lebensverlauf fordern und durchsetzen, die von einem Leitbild gleicher Verwirklichungschancen von Männern und Frauen im Bildungs- und Beschäftigungssystem ausgeht, aber auch Raum für gesellschaftlich notwendige Sorgearbeit, Bildungsphasen und Eigenzeit lässt, Wahlmöglichkeiten für unterschiedliche Präferenzen und in unterschiedlichen Lebensphasen bietet und gleichzeitig sicherstellt, dass Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit für gesellschaftlich anerkannte Tätigkeiten wie z. B. Sorgearbeit langfristig nicht zu Nachteilen führen.

„Es gibt keine Befreiung der Menschheit ohne die soziale Unabhängigkeit und Gleichstellung der Geschlechter“. Gerade in diesem wichtigen Wahljahr, in dem wir das 150-jährige Jubiläum der Sozialdemokratie feiern, müssen wir uns an diesen Satz erinnern, den August Bebel, einer der Gründer der SPD, 1879 geprägt hat: Gleichstellungspolitik muss auf allen politischen Ebenen wieder zu einer zentralen Aufgabe der SPD werden!

Wir gratulieren zum Geburtstag

Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im März Geburtstag feiern. Wir wünschen euch für euer nächstes Lebensjahr alles Gute

01.03. Hans Scheyer
75 Jahre

02.03. Jutta-Marina Pallingen
65 Jahre

04.03. Kurt Bruns
70 Jahre

07.03. Emmi Foldenauer
73 Jahre

09.03. Adolf Albrecht
79 Jahre

10.03. Bernd Meyer
72 Jahre

11.03. Anneliese Bauer
87 Jahre

14.03. Heinrich Merkel
87 Jahre

16.03. Fritz Halbmeyer
93 Jahre

16.03. Georg Dittrich
82 Jahre

16.03. Anke Peters
70 Jahre

18.03. Werner Maly
79 Jahre

20.03. Walter Fellermeier
72 Jahre

25.03. Anni Ramming
75 Jahre

25.03. Anette Christian
50 Jahre

26.03. Wolfgang Blum
73 Jahre

26.03. Walter Lang
65 Jahre

Die Erlanger SPD hat einen guten Freund verloren

Wenige Wochen vor seinem 100. Geburtstag ist Otto Seidl verstorben

Von Heide Mattischeck
ehemalige Bundestagsabgeordnete

Otto Seidl wurde am 3. April 1913 in der Blasinstrumentenbauerstadt Graslitz (Kraslice) im Sudetenland als Sohn einer Arbeiterfamilie geboren. Für den Besuch eines Gymnasiums konnte die Familie nicht aufkommen. Otto Seidl begann eine Lehre als Holzblasinstrumentenmacher und nahm Instrumentalunterricht an einer Musikfachschule. Sein liebstes Instrument war stets die Querflöte.

Beeinflusst von seinen Großeltern und Eltern engagierte er sich schon sehr früh für die Sozialdemokratie. In der Weltwirtschaftskrise arbeitslos geworden, nutzte er die Zeit, sich weiter zu bilden. Er arbeitete mit bei der Zeitung „Volkswillen“ und engagierte sich bei Theatergruppen und Musikvereinen der Arbeiterbewegung.

Aufgrund seiner politischen Einstellung und seines Engagements gegen den Hitler-Faschismus sowie seiner Mitgliedschaft in der „republikanischen Wehr“ konnte sich Otto Seidl nicht mehr sicher fühlen. Knapp vor dem Einmarsch der Nazis ins Sudentenland konnte er auf abenteuerliche Weise fliehen. Über Pilsen, Prag und Gdingen erreichte er mit seiner Frau am 24. Dezember 1938 Stockholm.

Otto Seidl knüpfte sehr schnell Kontakte zur SAP, unserer schwedischen Schwesterpartei. Mit Unterstützung der „Flüchtlingshilfe“ in Eskilstuna fand die Familie dort eine neue Heimat. Bald

engagierte sich Otto Seidl in der SAP, spielte im Stadtorchester und im Symphonieorchester und fand Arbeit als Industriefacharbeiter. Mit diesem vielfältigen Engagement gelang ihm die Integration in der neuen Heimat relativ leicht. Als gelernter Holzblasinstrumentenbauer wurde Otto Seidl später Leiter der Stadtkapelle und der Musikschule in Eskilstuna.

Trotz des guten Starts in seiner neuen Umgebung ließen ihn die Gedanken an die alte Heimat und die zurückgelassenen Angehörigen nicht los. Er gründete schon 1939 zusammen mit Gesinnungsfreunden die Ortsgruppe Eskilstuna der „Treuegemeinschaft deutscher Sozialdemokraten“.

Bei den jährlichen Treffen der Seliger-Gemeinde in Brannenburg in Oberbayern ist Otto Seidl regelmäßig bis ins hohe Alter dabei gewesen. 1993 wurde ihm für seine Verdienste der Wenzl-Jaksch-Preis verliehen, den auch so hervorragende Persönlichkeiten wie Willy Brandt und Bruno Kreisky erhalten haben.

Ab 1961 gab es erste Kontakte der Stadt Erlangen zur schwedischen Stadt Eskilstuna. Es verwundert niemanden, dass Otto Seidl von Anfang an nicht nur dabei war, sondern über Jahrzehnte dieser Partnerschaft seinen besonderen Stempel aufgedrückt hat. Er beherrschte die sprachliche und musikalische Möglichkeit der Vermittlung. Die Schweden nannten ihn „Erlangen-Minister“. In Erlangen titelte man Otto Seidl unseren „Botschafter in Eskilstuna“.

Otto Seidl hat große Verdienste am Gelingen dieser bis heute so lebendigen Partnerschaft. Ihm war es zu verdanken, dass die Kontakte so vielfältig, so intensiv und so kontinuierlich sind. Otto Seidl hat immer wieder angetrieben und neue Ideen entwickelt. Er war die „Seele“ dieser Partnerschaft. Dafür ist Otto Seidl bereits 1973 von Oberbürgermeister Dr. Dietmar Hahlweg mit der Bürgermedaille der Stadt Erlangen ausgezeichnet worden.

Wegen seines politischen Engagements in der SPD und in der SAP verwundert es nicht, dass ihm der Kontakt zu den Sozialdemokraten in Erlangen von Anbeginn an besonders am Herzen lag. Kein offizieller Besuch, ohne dass es gemeinsame Treffen und Gespräche zwischen Vertretern der SAP und der SPD gab, in Erlangen und in Eskilstuna. Daraus sind persönliche Freundschaften geworden, besonders mit Ursula Rechtenbacher und ihrer Familie, die ihn bei seinen Aufenthalten in Erlangen häufig beherbergten.

Wegen seiner Verdienste für die Partnerschaft und für seinen lebenslangen Einsatz für die Ideale und Grundsätze der Sozialdemokratie auch in schwierigen Zeiten hat die Erlanger SPD Otto Seidl 1999 die August-Bebel-Uhr verliehen.

Viele Freunde in Erlangen und besonders in der Erlanger SPD werden Otto Seidl sehr vermissen.

Arbeitskreis „Frieden und Internationalismus“

Wir treffen uns wieder am

Mittwoch, 3. April, 20 Uhr, August-Bebel-Haus

Themen:

- Aktuelles, Rüstungsexport
- Fortsetzung unserer Arbeit entlang einer strukturierten Stoff- und Fragensammlung (s. www.fen-net.de/dr.helmut.pfister unter „Internationalismus reloaded“):
  - Ergebnis-Thesen zu Abschnitt 1: Fakten und Prozesse, „Geschichtliche Hintergründe“ und „Militarisierung der Außen- und Entwicklungspolitik“;
  - Fortsetzung der Diskussion zu Abschnitt 1, Teil „Innere Militarisierung“
  - Diskussion zu Abschnitt 1, Teil „Ideologie“ (Helmut Pfister)

Wir laden alle Interessierten, ob SPD-Mitglieder oder nicht, herzlich ein, mitzuarbeiten, mitzudiskutieren oder auch nur erstmal zuzuhören, je nach Gusto.

Helmut Pfister

Rückspiegel

Liebe Genossinnen und Genossen,
unsere Rubrik „Rückspiegel – Historisches aus der Erlanger SPD“ beginnen wir mit einem Rätsel. Wer war die beschriebene Genossin? Sie verstarb am 13. März 1939 in Erlangen.

Unter allen richtigen Einsendungen an monatsspiegel@spd-erlangen.de (Einsendeschluss: 15. März) verlosen wir das Buch „Willy Brandt – Man hat sich bemüht. Hommage an einen großen Deutschen – Willy Brandt im Spiegel der Karikatur“ von Helmut G. Schmidt (Hg.).

Wer bin ich?

„Meine Eltern verlor ich schon früh und ich hatte großes Glück, dass meine Pflegeeltern mir nach der Schule eine Schneiderlehre ermöglichten. Das kam mit später sehr zugute. Denn mit meinem ersten Mann führte ich erst die Arbeiterwirtschaft König Otto (Henkestr. 56) und später den Deutschen Hof (Waldstr. 23), letztere bald als Eigentümer. Dieses örtliche Zentrum der Arbeiterbewegung war auch Treffpunkt und Nähstube der 1906 von mir mitgegründeten ersten sozialdemokratischen Frauengruppe. Nach dem Tod meines Mannes führte ich dann das Lokal alleine weiter. Erst 1909 – ich war zu dem Zeitpunkt wieder verheiratet – gab ich dies auf, da mein Mann als Leiter des Arbeitersekretariats (Gewerkschaften) sein Auskommen fand.

Nicht ohne Stolz kann ich von mir behaupten, dass ich zu den ersten acht Frauen gehörte, die ab 1909 als sogenannte „Hilfsarmenpflegerinnen“ in Armenpflegebezirken Erlangens tätig wurden. 1916 wurde ich als eine von vier Frauen erstmals in den Armenrat gewählt. Selber Mutter von sieben Kindern (zwei starben früh) galt ich als weibliche Vertrauensperson der SPD für die Arbeiterfrauen.

1933 brachen harte Zeiten für mich und meine Familie an. Mein Mann wurde verhaftet und durch die Nationalsozialisten zwangspensioniert – mit gekürzten Pensionsbezügen. Von da an führten wir ein zurückgezogenes Leben. Meine älteste Tochter Leni aus zweiter Ehe wurde Michael Poeschkes erste Ehefrau. Eine Straße im Röthelheimpark ist seit 1998 nach mir benannt.“

„One Billion Rising“ gegen Gewalt gegen Frauen

Der diesjährige Valentinstag am 14. Februar wurde zu einem weltweiten Aktiontag gegen Gewalt an Frauen. Unter dem Motto „One Billion Rising“ gingen auch in Erlangen ca. 350 Frauen aber auch Männer auf die Straße und stellten sich gegen Sexismus und Rassismus. Um 12 Uhr mittags bildete sich ein großer Kreis von Menschen auf dem Schloßplatz. Die Frauen und Männer formulierten Wünsche und Forderungen, um die Gewalt gegen Frauen zu beenden. Am Nachmittag wurde der Aktionstag von einem großartigen flashmob (blitzartiger Menschenauflauf) mit einem, extra für diesen Tag kreierten, weltweit getanzten Tanz unterstützt. Für SPD-Stadträtin Birgit Hartwig als langjährige Mitarbeiterin des Notrufs für vergewaltigte Frauen war dieser Tag ein Freudentag: „So viele, zum Teil sehr junge Menschen in Erlangen zu sehen, die sich mit mir zusammen auf sehr kreative Weise gegen (sexualisierte) Gewalt an Frauen stellten, war ermutigend.“

Fahrt zum „Deutschlandfest“ in Berlin

Liebe Genossinnen und Genossen,
Zusammen mit der Beitragsquittung für das vergangene Jahr habt Ihr alle auch eine Einladung zum großen Geburtstagsfest der SPD am 17. und 18. August in Berlin erhalten.

Der Parteivorstand bietet in Zusammenarbeit mit dem SPD-Reiseservice ein Reisepaket an. Ich bin davon über-

zeugt, dass viele von Euch Interesse daran haben, mit nach Berlin zu fahren. Ich habe es deshalb übernommen, diese Reise für den Unterbezirk zu organisieren. Ich würde mir gerne frühzeitig einen Überblick darüber verschaffen, wie groß das Interesse Eurerseits ist. Ich glaube, dass auch außerhalb der SPD das Angebot auf Interesse stoßen wird.

Die Reise würde – 35 Personen Mindestteilnahme vorausgesetzt – ca. 170 Euro kosten. Wir würden am Freitag, 16. August gegen 8 Uhr in Erlangen wegfahren und am Sonntag, 18. August am frühen Abend wieder hier sein. Das sind alles erst „Ungefähr-Angaben“. Auch das konkrete Programm und was wir außerhalb der offiziellen Veranstaltungen noch unternehmen können, werde ich Euch noch zukommen lassen.

Es wäre schön, wenn Ihr schon mal Euer Interesse bekunden würdet. Mein Kontakt: Heide.Mattischeck@web.de. Ein Anruf ist möglich unter 09545/442377.

Ich möchte Euch noch auf ein anderes Ereignis hinweisen, das der SPD-Reiseservice anbietet. Eine Fahrt zu den Gründungsstätten der SPD: Gotha, Erfurt, Eisenach, Leipzig, inklusive des großen Volksfestes am 23. Mai – am Tage des Festaktes in Leipzig. Diese Reise kostet 359 Euro und findet vom 20. Mai bis 24. Mai statt.

Wer Interesse daran hat, kann sich beim SPD-Reiseservice informieren:
SPD-Reiseservice
Wilhelmstr. 140, 10963 Berlin
Tel.: 030 2559 4640
Fax: 030 2559 4699
Mail: info@spd-reiseservice.de
www.spd-reiseservice.de

Ich hoffe auf großes Interesse
Eure Heide Mattischeck

Neue Gesichter im Bebelhaus und im Fraktionbüro

Seit Februar gibt es im Abgeordnetenbüro von Angelika Weikert und im Fraktionsbüro jeweils einen neuen MItarbeiter. Ab Mitte März wird auch im Büro des Kreisverbands wieder ein Mitarbeiter tätig sein. Alle drei stellen wir euch hier vor.

Patrick Rösch
Mitarbeiter beim Kreisverband

Liebe Genossinnen und Genossen,
ich bin eines der neuen Gesichter im Wahlkampf-Team der SPD Erlangen. Ich bin 24 Jahre alt und studiere derzeit im 6. Semester Politikwissenschaft und Geschichte auf Bachelor. 2009, nur wenige Tage nach der Bundestagswahl, bin ich der SPD beigetreten, um die Partei bei ihrem Wiederaufbau nach der Niederlage gegen Schwarz-Gelb zu unterstützen.

Meine ersten Erfahrungen in der politischen Arbeit konnte ich zum einen bei den Jusos in Nürnberg sammeln, wo ich für ein Jahr lang stellvertretender Vorsitzender war. Außerdem absolvierte ich im Rahmen meines Studiums Praktika für die Stadtratsfraktion der SPD in Nürnberg sowie für die SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag, wo ich vor allem für den Arbeitskreis für Soziales und Arbeit tätig war. Seit 2012 bin ich Mitglied im Kreisverband Erlangen, da ich hier nun meinen festen Wohnsitz habe.

Neben meinem Engagement für die SPD und die Jusos war ich rund zwei Jahre lang in der Studierendenvertretung der FAU aktiv. Eines meiner Hauptziele hier war der Kampf gegen die Studiengebühren, den wir nun endlich nach vielen Jahren gewonnen haben.

All diese Erfahrungen möchte ich in den kommenden 13 Monaten einbringen und zum Erfolg unserer Kandidaten aus Erlangen beitragen. Der kommende Wahlkampf wird hart und anstrengend werden, aber ich bin davon überzeugt, dass sich die Mühen lohnen werden. Packen wir es gemeinsam an!

Andreas Mittelmeier
Mitarbeiter von Angelika Weikert MdL

Liebe Genossinnen und Genossen,
seit Mitte Januar bin ich der wissenschaftliche Mitarbeiter im Büro von Angelika Weikert im August-Bebel-Haus. Ich bin 26 Jahre alt und stamme ursprünglich aus Vohenstrauß (Oberpfalz). Nach meinem Abitur 2006 entschied ich mich für ein Studium der Politikwissenschaft (Diplom) an der FAU Erlangen-Nürnberg, das ich im Februar 2012 abschloss.

Meine ersten beruflichen Erfahrungen durfte ich während meiner Studienpraktika in den Büros der Bundestagsabgeordneten Ludwig Stiegler und Marianne Schieder sammeln. Zuletzt absolvierte ich ein Praktikum im Referat für Jugend, Familie und Soziales der Stadt Nürnberg, für das ich auch weiterhin tätig bin.

Ich freue mich auf eine interessante und abwechslungsreiche Zeit in Erlangen und stehe für Eure Fragen und Anliegen gerne zur Verfügung.

Gary Cunningham
Geschäftsführer der Stadtratsfraktion

Liebe Genossinnen und Genossen,
seit dem 1. Februar bin ich Geschäftsführer der Stadtratsfraktion, da Saskia Coerlin in Mutterschutz und anschließend in Elternzeit ist. Ich bin 28 Jahre alt, habe in Erlangen Politik, Anglistik und Geschichte studiert und bereits von 2006 bis 2008 in der Geschäftsführung der Fraktion mitgearbeitet. Voraussichtlich bis Ende März 2014 bin ich euer Ansprechpartner, wenn es um die Fraktion geht.

Gleichzeitig gibt es neue Öffnungszeiten im Fraktionsbüro:

- Montags: 9 bis 13 Uhr
- Dienstags: 9 bis 13 Uhr
- Donnerstags: 9 bis 12 Uhr

Ja zum Wechsel – in Berlin, München und Erlangen

Kreativworkshop am 16. März, 9.30 bis 15 Uhr, DGB-Haus Erlangen (Friedrichstraße 7)
Leitung: Christofer Zwanzig und Sandra Radue

Sozialdemokratisch geführte Regierungen in Bund, Land und Stadt? Im vor uns liegenden Wahljahr steckt alles drin. Wir können erfolgreich sein, wenn wir bei den Menschen mit einem ansprechenden Programm, überzeugendem Personal und einem kreativen und überraschenden Wahlkampf für den Politikwechsel werben. Besonders viele Gestaltungsmöglichkeiten vor Ort bietet uns dabei der Kommunalwahlkampf.

Um die Aktivitäten der Erlanger SPD in den anstehenden Wahlkämpfen zu planen, brauchen wir Dich! Dabei ist es egal, ob Du Dich erstmals in einen Wahlkampf einbringen willst oder schon über vielfältige Wahlkampferfahrungen verfügst – bei unserem Kreativworkshop bist Du in jedem Fall richtig. Gemeinsam wollen wir den Samstag nutzen, um in einem methodisch abwechslungsreich gestalteten Workshop in lockerer Runde Ideen für den Wahlkampf zu entwickeln. Am Ende sollen konkrete Planungen für interessante Aktivitäten stehen. Also: Packen wir's an!

Chancengleichheit von Anfang an? – Bildungspolitik in Erlangen

Dialogveranstaltung am 13. März, 19 Uhr, IG-Metall-Saal

Welche Einflussmöglichkeiten hat Erlangen als Kommune auf Bildungspolitik? Kann durch Ganztagsschulen die Chancengleichheit im Bildungswesen erhöht werden? Wie können wir sicherstellen, dass kein Kind im Bildungswesen verloren geht?

Zu diesem Punkten wollen wir unseren Dialog zur Weiterentwicklung unseres Programms für die Kommunalwahl 2014 fortsetzen.

Wir freuen uns auf Eure rege Mitarbeit, vor allem aber auf die Teilnahme der Kandidatinnen und Kandidaten für den Stadtrat 2014. Bitte sprecht auch Interessierte in Eurem Bekanntenkreis an und ladet sie ein, mit uns zu diskutieren, Ideen zu sammeln und Bedürfnisse kundzutun.

Für eine bessere Planbarkeit würden wir uns über eine Anmeldung bei sandra.radue@gmx.de freuen.

Platz für die Wahlkämpfe – Kehraus im August-Bebel-Haus

Einen Vormittag lang haben unter tatkräftiger Mithilfe der Jusos fleißige Helfer/-innen den Keller des August-Bebel-Hauses für die anstehenden Wahlkämpfe fit gemacht und Platz in den Regalen geschaffen. Auch in den „Katakomben“ wurden Plakatständer gesichtet, entsorgt und umgelagert.

Mehrere Wagenladungen alter Materialien, die sich in den letzten Jahren angesammelt hatten, wurden entsorgt – darunter fast 1 Tonne Papier. Das wertvolle Archiv des Kreisverbandes mit Unterlagen, die bis in die Nachkriegszeit zurückreichen, wurde für die Übergabe an das Stadtarchiv vorbereitet. Unter den Materialien, die dort künftig fachkundig verwahrt werden, befindet sich auch die beeindruckende Plakatsammlung der Erlanger SPD.

Unser besonderer Dank gilt an dieser Stelle Manfred Dohmstreich, ohne dessen Einsatz und dessen Fahrzeuge der Kehraus nicht funktioniert hätte!

Wirtschaftspolitischer Arbeitskreis

Wir treffen uns wieder am

Mittwoch, 20. März, 20 Uhr, August-Bebel-Haus

Themen:

- Aktuelles
- Steuern: Struktur, Politik (Friedrich Mirle)
- Peer Steinbrück „Vertrauen zurückgewinnen: Ein neuer Anlauf zur Bändigung der Finanzmärkte“ (Friedrich Mirle)

Wie jeder Arbeitskreis des Kreisverbands ist auch der WiPo-AK natürlich offen für alle Interessierten, ob SPD-Mitglieder oder nicht.

Helmut Pfister

Offen aus Tradition – Nur ein Lippenbekenntnis?

Dialogveranstaltung zum Thema Integration

Im Rahmen der Weiterentwicklung unseres kommunalpolitischen Programms laden wir als SPD Erlangen Vereine und Initiativen zum Dialog ein – im Januar zum Thema Integration.

Erlangen steht eine offene Willkommenskultur gut zu Gesicht, sind doch das Wachstum und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Stadt bereits in der Geschichte auf Zuwanderung begründet. Der Zuzug der Hugenotten Ende des 17. Jahrhunderts führte dazu, dass in Erlangen zahlreiche Manufakturen ihren Standort fanden und die Stadt wirtschaftlich prosperierte. Aber auch in der jüngeren Geschichte machen die Aufnahme einer großen Anzahl von Flüchtlingen nach dem Zweiten Weltkrieg oder auch die Ansiedlung der Firma Siemens deutlich, dass Erlangens Wirtschaftskraft nicht zuletzt der Zuwanderung zu verdanken ist.

Die Kommune hat dabei nur eingeschränkte Einflussmöglichkeiten auf die gesetzlichen Rahmenbedingungen, die das Leben von Migrantinnen und Migranten bestimmen. Lediglich bei konkreten Integrationsangeboten hat die Stadt einen Gestaltungsrahmen. Oft bleibt ihr ansonsten nur übrig, Defizite der Gesetzeslage (z.B. bei der Flüchtlingspolitik oder bei der doppelten Staatsbürgerschaft) zu benennen und zu kritisieren. Lediglich bei der Auslegung bestehender Vorschriften bleibt der Verwaltung ein kleiner Spielraum offen.

Dies führte Dr. Florian Janik, der die Anwesenden für die Fraktion begrüßte, in einem kurzen Eingangsstatement aus. Anschließend stand der Austausch mit betroffenen Bürgerinnen und Bürgern auf der Tagesordnung. Hierbei wurden viele Themenbereiche angerissen:

Das bayerische Schulsystem stellt viele Menschen mit Migrationshintergrund vor große Herausforderungen. Fehlende Durchlässigkeit, die Benachteiligung von Ausländern und die Unkenntnis vieler Eltern über das System an sich stellen oft unüberwindbare Hürden dar.

Viele Änderungen wurden hier angeregt. Vor allem in die Sprachförderung ab dem Kleinkind-Alter bis in die weiterführenden Schulen werden große Hoffnungen gesetzt. Eine Elternschule, Patenschaften, gemischte Klassen, muttersprachlicher Unterricht, Islamischer Religionsunterricht in deutscher Sprache und eine koordinatorische und finanzielle Unterstützung von ehrenamtlichem Engagement durch die Stadt über die reine Anerkennung hinaus waren weitere Stichworte in diesem Themenbereich.

Als weitere Themen wurden unter Anderem genannt:

- die fehlende Kinderbetreuung während der verpflichtenden Integrationskurse
- Probleme bei der Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen
- der Wunsch nach einem muslimischen Gemeindezentrum
- die Integration im Vereinsleben der Stadt (Sportvereine, Feuerwehr, Kulturvereine)

In vielen Bereichen konnten wir feststellen, dass ein Großteil unserer Forderungen aus dem Wahlprogramm 2008 nach wie vor große Aktualität hat. Viele der von den Anwesenden ausgeführten Punkte können wir nun in unser Programm 2014 einarbeiten und so dazu beitragen, dass das Bewusstsein für die Belange der „Neu-Erlangerinnen und Neu-Erlanger“ stärker ins Bewusstsein rückt.

Unser Kommunalpolitisches Programm – Zwischenbericht zum Entstehungsprozess

Die Projektgruppen zur Fortschreibung und Weiterentwicklung unseres Kommunalpolitischen Programms sind nun in der finalen Phase ihrer Arbeit. Am 24. März ist die Abgabe der von den PGs bearbeiteten Kapitel.

Die PGr. Bildung und Integration hatte bereits eine öffentliche Dialogveranstaltung zum Thema Integration, die zur Bildung folgt am 13. März. Die PGr. Energiewende und Stadtplanung hat von Anfang an befreundete Organisationen wie z.B. Umweltverbände miteingeladen, deren VertreterInnen kontinuierlich mit an den Sitzungen der PGr. teilgenommen haben. Die Projektgruppe Kultur hat im Dezember 2012 erstmals zur Sichtung des alten Programms getagt und wird ihren Vorschlag am Mittwoch, 27. Februar 2013 ab 17.30 Uhr im Fraktionszimmer zu Ende beraten. Die PG Soziales ist krankheitsbedingt etwas verspätet und wird die im Dezember begonnene Arbeit in zwei Sitzungen am 20. und am 25. März (jeweils 19:30 Uhr im August-Bebel-Haus) abschließen.

Der AK Wirtschaft und Arbeit hat ausführlich das Kapitel Arbeit und Wirtschaft bearbeitet, die AsF hat den frauen- und gleichstellungspolitischen Teil, der AK Frieden und Internationales den Teil zur Kommunalen Friedensarbeit und Entwicklungszusammenarbeit im Teil I unseres Programms und die Jusos das Kapitel Junge Menschen erarbeitet. Die AG 60plus wird sich zum Kapitel Ältere Menschen einbringen oder dies komplett übernehmen.

Für den Teil III „Schwerpunkte sozialdemokratischer Politik in Erlangen“ sieht die Arbeitsverteilung der einzelnen Kapitel folgendermaßen aus:

1. Arbeit und Wirtschaft: AK Wirtschaft
2. Sozialpolitik: PGr. Soziales
3. Wohnen: PGr. Soziales
4. Umwelt und Energie: PGr. E-Wende u. Planung
5. Verkehr: PGr. E-Wende u. Planung
6. Bildung: PGr. Bildung u. Integration
7. Kultur: PGr. Kultur
8. Sport
9. Gesundheit
10. Frauen: AsF
11. Familie und Lebensgemeinschaften
12. Junge Menschen: Jusos
13. Ältere Menschen: AG 60plus
14. Menschen mit Migrationshintergrund: PG Bildung u. Integration
15. Stadtplanung und Stadterneuerung: PG E-Wende u. Planung
16. Personal und Verwaltung

Alle Teile des Kommunalpolitischen Programms, die nicht durch PGr., AKs oder AGs bearbeitet werden, werden nun auf Terminen einer für alle interessierten GenossInnen offenen Arbeitsgruppe zum Programm bearbeitet. Vorbereitet werden die entsprechenden Kapitel von den SprecherInnen der Fraktion aus dem jeweiligen Bereich.

Die mehr allgemein orientierten Teile I Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität sowie II Große Aufgaben – kleine Freiheiten bearbeitet ebenfalls die neue Programm-Agr. Hierbei wollen wir unter anderem ein eigenes Kapitel zur Bekämpfung des Rechtsextremismus erstellen. Dieses Thema wurde bislang zwar behandelt, nicht jedoch in einem eigenen Kapitel. Ebenso soll die BürgerInnenbeteiligung einen noch größeren Stellenwert erhalten.

Die Termine der Arbeitsgruppe zum Programm sind:

- Di, 19. März, 20 Uhr: bearbeitet wird Teil I
- Di, 26. März, 20 Uhr: Teil II
- Mi, 27. März, 20 Uhr: noch nicht bearbeitete Kapitel aus Teil III
- Di, 9. April oder alternativ Mi, 10. April: noch nicht bearbeitete Kapitel aus Teil III (den Termin und die Uhrzeit legt dann die Agr. auf einer der vorherigen Sitzungen fest)

Der Ort ist jeweils das Sitzungszimmer im August-Bebel-Haus. Alle GenossInnen sind herzlich zur Mitarbeit eingeladen.

Zum gesamten Programm mit allen Kapiteln findet dann am Freitag, 26. April und Samstag, 27. April, eine Klausurtagung statt, um den dann vorliegenden Entwurf zu besprechen. Hierzu sind natürlich ebenfalls alle Genossinnen und Genossen herzlich eingeladen.

Die Beschlussfassung über das Kommunalpolitische Programm der SPD Erlangen 2014-2020 findet dann auf einer KMV am 14. Mai statt.

Dr. Andreas Richter
Referent für Schulung und Arbeitskreise

Vorbereitung der Nominierung der SPD-Liste zur Stadtratswahl

Der bisherige und weitere Verlauf des Verfahrens

Januar 2013:
Der Kreisvorstand hat über das Listenfindungsverfahren beschlossen: Es wird ein Gremium aus (je einem/einer) Vertretung der Distrikte und Arbeitsgemeinschaften sowie dem OB-Kandidaten gebildet. Leitung des Gremiums: Dieter Rosner und Ursula Lanig.

Februar/März 2013 (teilweise auch schon vorher):
Alle Kandidatinnen und Kandidaten haben die Möglichkeit, sich in ihren Distrikten und Arbeitsgemeinschaften vorzustellen. Dort soll/wird auch eine Reihung der Kandidatinnen und Kandidaten der jeweiligen Gliederung stattfinden, die in die Beratungen des Listenfindungsgremiums eingebracht wird.

März 2013:
Information der Mitglieder im Monatsspiegel über die Bewerberinnen und Bewerber (siehe Übersicht nächste Seite).

13. April 2013:
Veranstaltung zur Vorstellung der Kanidatinnen und Kandidaten.

18. Mai 2013:
Das „Listenfindungsgremium“ trifft sich und erarbeitet binnen eines Monats einen Listenvorschlag.

13. und 20. Juni:
Der Kreisvorstand berät und entscheidet über den vorgelegten Listenvorschlag.

29. Juni 2013:
Eine Kreismitgliederversammlung beschließt die Liste zur Stadtratswahl 2014.

Bewerberinnen und Bewerber für die SPD-Stadtratsliste (Stand: 22. Februar 2013)

Name	Alter	Distrikt	Beruf
Munib Agha	23	Anger-Bruck	Student
Dr. Andreas Arnold	48	Ost	Arzt
Christine Bauer	59	West	Kauffrau/Betriebsrätin
Dr. Johanna Behringer	44	Innenstadt	Psychologin
Dr. Markus Beier	42	Innenstadt	Arzt
Dr. Jürgen Belz	46	West	Theologe
Sören Brandmähl-Kraus	32	West	Hotelfachmann
Anette Christian	49	West	Ärztin
Saskia Coerlin	36	Innenstadt	Geschäftsführerin
Philipp Dees	30	West	Wiss. Mitarbeiter
Gabi Dorn-Domstreich	54	Frauenaurach	Ingenieurin
Monika Fath-Kelling	56	Innenstadt	Pädagogin für Tanztheater
Friedrich Mirle	25	Anger-Bruck	Studierender
Gunda Gerstenmeyer	58	Anger-Bruck	Techn. Ass.
Dirk Goldenstein	38	West	Rechtsanwalt
Harald Gründig	46	Innenstadt	Musikpädagoge
Nina Gunkelmann	25	Innenstadt	Studentin
Ute Guthunz	51	Ost	Gymnasiallehrerin
Birgit Hartwig	54	Ost	Sozialpädagogin
Hans Hauer	56	Tennenlohe	Ingenieur
Katrin Hurle	27	West	Studentin
Dr. Florian Janik	32	West	Wiss. Mitarbeiter
Volker Lang	30	Innenstadt	Softwareentwickler
Ursula Lanig	59	Dechsendorf	Gymnasiallehrerin
Christian Maurer	27	Eltersdorf	Techn. Angestellter
Manuel Michniok	27	Innenstadt	Gewerkschaftssekretär
Julie Katharina Mildenberger	53	Innenstadt	Sozialpädagogin
Grit Nickel	27	Innenstadt	Studentin
Gisela Niclas	64	Frauenaurach	Sozialarbeiterin/i.R.

Name	Alter	Distrikt	Beruf
Alexander Niijhuis	28	Ost	Ingenieur
José Luis Ortega Lleras	57	West	Ingenieur
Wolfgang Peter	62	Anger-Bruck	Ingenieur
Gerd Peters	69	West	Rentner
Barbara Pfister	50	Innenstadt	Dozentin
Johanna Pfister	20	Innenstadt	Studentin
Christoph Präg	54	Innenstadt	Architekt
Sandra Radue	40	Ost	Grundschullehrerin
Gertrud Reich-Schowalter	63	Tennenlohe	Lehrerin
Dr. Andreas Richter	34	Süd	Physiker
Patrick Roesch	24	Innenstadt	Student
Brigitte Rohr	60	Süd	Kauffrau
Elizabeth Rossiter	54	Frauenaurach	Pädagogin (BA Education)
Marius Rossmeissl	22	Innenstadt	Student
Rolf Schowalter	65	Tennenlohe	Gymnasiallehrer/i.R.
Norbert Schulz	62	West	Rentner
Susanne Spitz	35	Innenstadt	Schneidermeisterin
Johannes Staedtke	45	Innenstadt	Gärtnermeister
Helga Steeger	66	West	Sozialpädagogin/i.R.
Robert Thaler	69	Süd	Architekt
Felizitas Traub-Eichhorn	58	West	Gymnasiallehrerin
Marianne Vittinghoff	69	Anger-Bruck	Übersetzerin
Wolfgang Vogel	62	Innenstadt	Gymnasiallehrer/i.R.
Peter Weierich	48	Innenstadt	Informatiker
Gerd Worm	52	Anger-Bruck	Jurist
Dr. Michael Zimmermann	36	Innenstadt	Wiss. Mitarbeiter
Magdalena Zoglauer	65	West	Großhandelskauffrau/i.R.
Dr. Christofer Zwanzig	34	Ost	Wiss. Mitarbeiter

Gastkommentar

Erfolg beim Volksbegehren gegen Studiengebühren

Von Benedikt Kopera
Vorsitzender des studentischen Konvents der FAU

Mit einem solch überwältigenden Erfolg hatte dann doch kaum jemand gerechnet. 1.352.618 Wahlberechtigte und damit 14,3 Prozent der bayerischen Wahlbevölkerung trugen sich laut amtlichem Endergebnis zwischen 17. und 30. Januar für das Volksbegehren zur Abschaffung der Studiengebühren ein.

Inhaltliche Gründe dafür gibt es genug. Studiengebühren waren der Einstieg in ein privat finanziertes Hochschulsystem. Eines der beliebtesten Argumente der Studiengebührenbefürworter geht genau in die Richtung. „HochschulabsolventInnen verdienen später ja auch mehr, da ist es nur gerecht, wenn sie auch für ihr Studium zahlen.“ Mit Hochschulabschluss bin ich auf dem Arbeitsmarkt mehr wert, also soll ich mir diesen bitteschön auch erkaufen. Diese Denke reduziert das Studium ausschließlich auf die Verwertbarkeit eines Studienabschlusses auf dem Arbeitsmarkt. Studiengebühren wirken sich zudem negativ auf den Alltag von Studierenden aus. Sie halten diejenigen vom Studium ab, die sich ein Studium nicht leisten können und sich nicht verschulden wollen, um das Recht auf (Hochschul-)Bildung in Anspruch nehmen zu können. Wie groß diese Gruppe ist, kann ich nicht beurteilen, denn sie ist an der Hochschule nie angekommen.

Doch Studiengebühren bereiten den Studierenden auch in ihrem Alltag große Probleme, denn es sind 83 Euro mehr im Monat, die zusätzlich zu Miete, Verpflegung und ohnehin anstehenden Kosten fürs Studium hinzukommen. Wie groß diese Gruppe ist, weiß ich ziemlich genau: Denn in meinem Bekanntenkreis kenne ich niemanden, der oder die ohne Nebenjob durch das Studium kommt. Und das liegt zu einem beträchtlichen Teil an den Studiengebühren.

Dass es so schnell zu einem Ende der Studiengebühren in Bayern kommt, ist eine freudige Überraschung. Am 22. Oktober 2012 entschied das bayerische Verfassungsgericht über die Zulässigkeit des Volksbegehrens „Nein zu Studienbeiträgen“. Niemand, nicht einmal die Freien Wähler als Initiatoren selbst, rechneten damit, dass das Volksbegehren zugelassen werden könnte. Zu eindeutig schien die Sachlage: Das Innenministerium hatte die Rechtmäßigkeit des Volksbegehrens bestritten, da es gegen Artikel 73 der Verfassung verstoße, nach der über den Staatshaushalt kein Volksentscheid stattfinden dürfe. Interessant war die Begründung des Innenministeriums: „Könnten zukünftig keine Studienbeiträge mehr erhoben werden, würde eine nicht unwesentliche Grundlage der Finanzierung der staatlichen Hochschulen entfallen.“ [1] Dass Studiengebühren

laut Hochschulgesetz gar nicht für die Grundfinanzierung verwendet werden dürfen, schien beim Innenministerium noch nicht angekommen zu sein. Doch trotz dieser unsachlichen Begründung gingen alle davon aus, dass das Verfassungsgericht den Staatshaushalt so weit auslegen würde, dass die Gebühren darin enthalten seien und das Volksbegehren damit nicht zugelassen werde.

Doch es kam anders. Vor allem für die Studierendenvertretung war das Volksbegehren ein Novum. Dass wir als Teil des breiten Bündnisses aus Parteien, Gewerkschaften und weiteren Organisationen direkt mitgestalten konnten, ist eine neue Erfahrung. Umso mehr freut es uns, dass die Zusammenarbeit, hier in Erlangen ganz besonders, so hervorragend geklappt hat: Mit 22,3 Prozent hat Erlangen den ersten Platz unter allen Landkreisen und kreisfreien Gemeinden erreicht, unmittelbar gefolgt vom Landkreis Erlangen-Höchstadt. Für dieses Ergebnis darf ich mich, im Namen der Studierendenvertretung, bei allen Beteiligten herzlich bedanken.

Auch wenn mit den Studiengebühren das für die Studierendenvertretung wichtigste Thema der letzten Jahre bald Geschichte ist – die Arbeit geht natürlich trotzdem weiter. Zu allererst muss nun dafür gesorgt werden, dass die wegfallenden Gelder voll kompensiert werden. Denn dass die Hochschulen das Geld bitter nötig haben, ist offensichtlich – Studierende sind nur nicht die, die es bezahlen sollten. Die Wiedereinführung einer Verfassten Studierendenschaft, die erhebliche Verbesserungen in der Arbeit und Selbstorganisation mit sich bringen würde, wird das nächste Projekt sein. Aber auch Bestrebungen für ein echtes und bezahlbares Semesterticket gibt es im Raum Erlangen-Nürnberg seit über 20 Jahren – bisher erfolglos. Schlussendlich werden die Studierenden die große Solidarität, die ihnen alle Bevölkerungsmilieus beim Volksbegehren haben zukommen lassen, nicht vergessen. Deshalb werden wir auch in Zukunft aufmerksam mitverfolgen, wie es um die Beseitigung anderer Bildungshürden steht – seien es die im Kleinkindbereich oder die an den Meisterschulen.

[1]: Staatsministerium des Inneren, Pressemitteilung Nr. 259/12: http://www.stmi.bayern.de/presse/archiv/2012/259.php

Forderungen zum Regierungsprogramm 2013

Antrag an Bundesvorstand und Bundesparteitag
Beschluss des Kreisvorstands vom 21. Februar

Der SPD-Kreisverband Erlangen-Stadt beantragt, folgende Forderungen in das Regierungsprogramm 2013 aufzunehmen:

- Abbau atypischer Beschäftigungsverhältnisse und gesetzgeberische Zurückdrängung prekärer Beschäftigung, u.a. durch zeitliche Begrenzung der Leiharbeit, Begrenzung der Anzahl der Leiharbeiter pro Betrieb auf max. 5 Prozent der Stammbelegschaft, Synchronisationsverbot (Verbot der Befristung der Arbeitsverhältnisse bei der Leihfirma auf die Dauer des Einsatzes beim Entleiher), Verbot der konzerninternen Verleihung, Mindestlohn für Leiharbeit, Abschaffung befristeter Beschäftigung ohne Sachgrund, gesetzliche Abgrenzung von Praktika zu Arbeitsverhältnissen.
- Ein neues Teilzeitgesetz, da Teilzeit insbesondere für Frauen oft zur Falle wird.
- Sozialversicherungspflicht für jede Beschäftigung vom ersten Euro an.
- Ausweitung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen, Bundestariftreuegesetz.
- Betriebsratspflicht für Betriebe mit über 50 Beschäftigten.
- Beteiligung aller Betriebe an den Ausbildungskosten über eine Umlage.
- Erhöhung des ALG-II-Regelsatzes (s. Forderungen der Wohlfahrtverbände), angemessener Satz für Kinder und Jugendliche, keine Anrechnung des Vermögens, verbesserter Übergang von ALG I auf ALG II, verbunden mit Qualifizierungsangeboten, mit Berücksichtigung langer Beschäftigungszeiten, Abschaffung der Ein-Euro-Jobs.
- Leistungsanspruch (ALG II) für Langzeitarbeitslose nach der Zeit der Erwerbstätigkeit und unabhängig vom Partnereinkommen.
- Novellierung der Zumutbarkeitsregelung – nicht jede Arbeit ist zumutbar.
- Sanktionsmoratorium gegen Stigmatisierung und Ausgrenzung.
- Aufbau eines öffentlichen Beschäftigungssektors für Langzeitarbeitslose, mit sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung nach Mindestlohn.

- Bürgerversicherung, kompatibel mit DGB-Modell, mit paritätischem Arbeitgeber-Beitrag, in der alle BürgerInnen versichert sind und einzahlen, also auch Selbstständige und Beamte, und Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze.
- Festschreibung des Rentenniveaus auf dem heutigen Niveau (51 Prozent) (statt es auf 43 Prozent im Jahr 2030 sinken zu lassen).
- Mindestens Aussetzung der Rente mit 67, bis mindestens 50 Prozent der 60- bis 64-jährigen sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind.
- Ein umfassendes Gleichstellungsgesetz mit verbindlichen und sanktionsbewehrten Bestimmungen auch für die private Wirtschaft, verbindliche Frauenquoten in Aufsichtsräten und Vorständen.
- Gleichstellung für Lesben, Schwule, Trans- und Intersexuelle.
- Einschränkung der Monopolmacht der großen Energieversorgungsunternehmen und Netzbetreiber.
- Rekommunalisierung der Energieversorgung.
- Besteuerung von Derivatgeschäften.
- Zusammenführen von Risiko und Haftung (Banken, Finanzmarkt, Finanzprodukte).
- Zerschlagung von Großbanken mit zu großer Marktmacht und „Systemrelevanz“.
- europäische Finanzaufsicht über alle Finanzmarktaktivitäten und für die Zulassung aller neuen Finanzprodukte.
- Bardepotpflicht und marktkonforme Kapitalverkehrskontrollen im Krisenfall.
- Verbot des Handels mit Kreditrisiko-Derivaten (CDS) als handelbare Wertpapiere, des außerbörslichen Wertpapierhandels („Over-The Counter (OTC)“-Geschäften), von Leerverkäufen und des Hochgeschwindigkeitshandels.
- Einführung des Herkunftslandprinzips für Kapital.
- Sofortiges Austrocknen von Steueroasen.
- Staatliche Kontrolle der Ratingagenturen bei strikter Trennung von Bewertungs- und Beratungstätigkeit.
- Zurückdrängen der Kapitalmarkt-Finanzierung der Sozialsysteme (z.B. Riester-Rente).
- Abkehr von der Festschreibung der Austeritätspolitik, Stopp der Privatisierung öffentlicher Aufgaben.
- Sicherstellung einer ausreichenden Finanzierungsgrundlage vor allem für öffentliche Daseinsvorsorge und Bildung u.a. durch Anhebung des Spitzensteuersatzes, Wiedererhebung einer Vermögenssteuer und Novellierung der Erbschaftssteuer.
- Demokratisierung der Wirtschaft statt „marktkonformer Demokratie“.
- Zurückführung bis hin zum Verbot des Rüstungsexports, öffentliche Kontrolle durch den Bundestag.
- Verbot des Auftretens der Bundeswehr in den Schulen.
- Ausstieg der Bundeswehr aus dem Afghanistan- und Türkei-Einsatz.
- Menschenwürdige Asyl- und Migrationspolitik statt „Festung Europa“.
- Kontinuierliche Förderung von Programmen gegen Rechtsextremismus, Abschaffung der sog. Extremismuserklärung.

Rechenschaftsberichte

Referentin für Schriftführung/Beschlusskontrolle

Liebe Genossinnen und Genossen,
als Referentin für Schriftführung und Beschlusskontrolle habe ich die Protokolle der Sitzungen des geschäftsführenden Kreisvorstands und des Kreisvorstands geschrieben und insbesondere Arbeitsaufträge und Beschlüsse (z.B. Finanzbeschlüsse) schriftlich dokumentiert.

Zusätzlich habe ich auch kurze Protokolle der Kreismitgliederversammlungen erstellt, die im Monatsspiegel abgedruckt werden.

Alle Beschlüsse der Kreismitgliederversammlung dokumentiere ich in einem „Beschlussbuch“ (in Form einer tabellarischen Auflistung), wenn möglich vermerke ich dort auch den weiteren „Lebensweg“ der Beschlüsse bei übergeordneten Parteitagen.

Wie immer möchte ich mich an dieser Stelle auch wieder bei denjenigen bedanken, die die Protokolle für mich übernommen haben, wenn ich bei einer Sitzung nicht anwesend sein konnte.

Birgit Brod

Referent für Schulung und Arbeitskreise

Seit dem letzten Jahr war die Arbeit des Referats Schulung und Arbeitskreise vor allem durch die Entwicklung und Fortschreibung unseres Kommunalpolitischen Programms geprägt. In einem ersten Schritt waren die Sprecherinnen und Sprecher der Fraktion gefragt, eine Bestandsaufnahme mit Bilanz aus ihrem Sprecherbereich zu erstellen. Im Herbst wurden dann zu Schwerpunktthemen Projektgruppen gegründet, die mit parteiexterner Beteiligung eine ausgiebige Diskussion unserer Analysen und Ziele sowohl in der Partei als auch nach außen durchführen. Eingerichtet wurden Projektgruppen zu den Themen Energiewende und Stadtplanung, Bildung und Integration, Soziales und eine zu Kultur.

Die PGr. Energiewende und Stadtplanung hat von Anfang an VertreterInnen befreundeter Organisationen zu ihren Sitzungen miteingeladen, andere PGr. führen Dialogveranstaltungen mit Organisationen, die zum entsprechenden Thema arbeiten durch bzw. haben dies schon gemacht.

Der AK Wirtschaft und Arbeit hat ausführlich das Kapitel Arbeit und Wirtschaft bearbeitet, die AsF hat den frauen- und gleichstellungspolitischen Teil, der AK Frieden und Internationales den Teil zur Kommunalen Friedensarbeit und Entwicklungszusammenarbeit im Teil I unseres Programms und die Jusos das Kapitel Junge Menschen erarbeitet. Die AG 60plus wird sich zum Kapitel Ältere Menschen einbringen oder dies komplett übernehmen.

Alle Teile des Kommunalpolitischen Programms, die nicht durch PGr., AKs oder AGs bearbeitet werden, darunter auch die mehr allgemein gehaltenen Teile I „Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität“ sowie II „Große Aufgaben – kleine Freiheiten“ werden nun auf Terminen einer für alle interessierten GenossInnen offenen Arbeitsgruppe zum Programm bearbeitet. Vorbereitet werden die entsprechenden Kapitel von den SprecherInnen der Fraktion aus dem jeweiligen Bereich.

Anschließend findet noch eine Klausurtagung zum Programm statt und am 14. Mai findet schließlich die Beschlussfassung über unser Kommunalpolitisches Programm 2014-2020 statt. Für mehr Details zum Programmprozess wird auf den entsprechenden Beitrag in diesem Monatsspiegel verwiesen.

Im ersten Jahr der nun ablaufenden Vorstandswahlperiode lag der Schwerpunkt vor allem in der gemeinsam mit dem Vorsitzenden Dieter Rosner und Dr. Helmut Pfister vom AK Wirtschaft erbrachten Organisation und Koordination der Arbeitsgruppe zum Schwerpunktthema 2011/12: „Soziale Fragen, die aus der Mitte kommen“. Hierzu hat der AK eine Bestandsaufnahme verschiedenster Daten zur sozialen Situation in Erlangen organisiert. Besonderer Dank geht hier an den AK Wirtschaft für das Zusammenstellen der sozio-ökonomischen Daten.

Sehr erfreulich ist, dass sich auf Initiative unseres Friedensbeauftragten Helmut Pfister ein AK Frieden und Internationales gebildet hat, der sich monatlich zu diesem wichtigen Themenfeld trifft.

Der etablierte Arbeitskreis Arbeit und Wirtschaft trifft sich ebenfalls monatlich und leistet eine gewohnt gute Arbeit.

Zuletzt möchte ich mich bei allen, die zur Arbeit im Schulungsbereich beigetragen haben, recht herzlich bedanken!

Dr. Andreas Richter

Zivilklausel für die Universität Erlangen-Nürnberg

Antrag an die Kreismitgliederversammlung am 14. März

AntragstellerIn: AK Frieden – Internationalismus

Die SPD Erlangen fordert die Einführung einer „Zivilklausel“ für die Friedrich Alexander Universität Erlangen–Nürnberg und unterstützt die Aktivitäten des Arbeitskreises Zivilklausel der Studierenden an der Friedrich-Alexander-Universität.

Begründung:
Die ständig schlechtere Finanzierung unserer Bildungs- und Forschungseinrichtungen führt zu einer massiven Zunahme von Drittmitteleinwerbungen. Damit gewinnt auch die Akquise von Mitteln für militärische Forschungen an Bedeutung, deren Anwendung später nicht kontrollierbar ist. Dies widerspricht unserer Auffassung über die Zielsetzungen öffentlicher Bildungseinrichtungen.

Sogenannte Zivilklauseln gibt es bereits an mehreren öffentlichen Hochschulen und Forschungseinrichtungen, an vielen weiteren wird ihre Einführung diskutiert und gefordert.

D.h.: An diesen Einrichtungen soll in geeigneter, aber verpflichtender Form festgelegt werde, dass Forschung und Lehre ausschließlich nichtmilitärischen, also friedlichen Zwecken dienen darf. Zur Einhaltung dieses Ziel ist es vor allem notwendig, die Intransparenz entsprechender Forschungen zu beseitigen und deren bislang nur unzulänglich bekannten Umfang in vollem Maße aufzudecken.

Für den AK: Helmut Aichele, Christofer Zwanzig

S. auch: Artikel von Lucas Wirl „Hochschule und Militär – Zivilklauseln“ in diesem Monatsspiegel Seite 21

Beauftragter für Friedensarbeit

Anders als die Gesamtpartei hat die Erlanger SPD auch in den vergangenen 2 Jahren ihre friedenspoltische Arbeit innerparteilich und in der Öffentlichkeit fortgesetzt. Dazu gehörten:

Diskussionen und Beschlussfassungen von KMV und Kreisvorstand

- „Krieg gegen Libyen beenden" (Kreisvorstand im Mai 2011)
- „Gegen die Militarisierung der deutschen Politik – gegen die neuen verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundesregierung" (KMV am 29. Juni 2011). Der Beschluss wurde auf dem Landesparteitag 2011 in leicht geänderter Form einstimmig verabschiedet, auf dem Bundesparteitag von der Antragskommission bis zur Unkenntlichkeit verändert und vom Plenum dann „als erledigt durch..." beschieden (soviel zur praktizierten innerparteilichen Demokratie auf Bundesebene!)
- „Friedensbildung statt Bundeswehr an unseren Schulen!" – KMV am 19. April 2012
- „Syrien - Gegen Gewalt, Intervention und Krieg!" – KMV am 20. Juni 2012
- Zum militärischen Einsatz von Drohnen (KMV am 11. Oktober 2012)
- Referat des Nürnberger Alt-OB Peter Schönlein über den Afghanistan-Krieg mit intensiver Diskussion auf der KMV am 19. April 2012

Einrichtung des AK Frieden und Internationalismus

Seit Mai 2012 tagt der AK regelmäßig mit relativ guter Beteiligung und arbeitet neben Diskussionen über aktuelle Ereignisse und entsprechende Aktivitäten (u.a. Antrag zu Drohnen, Zivilklausel an der FAU, Fortschreibung des Abschnitts I.2 „Kommunale Friedensarbeit und kommunale Entwicklungszusammenarbeit" des Kommunalpolitischen Programms) längerfristig an einem Positionspapier „Frieden und Abrüstung – Kooperation und Entwicklung".

Öffentlichkeitsarbeit:

Aufrufe zu Kundgebungen (Ostermarsch-Auftakt, Antikriegstage, zu aktuellen Anlässen), mit leider nur mäßiger Beteiligung aus der Partei.

Aktive Mitarbeit im Erlanger Bündnis für den Frieden

Teilnahme an Treffen und Diskussionen, inhaltliche, organisatorische und finanzielle Unterstützung von Aufrufen, Veranstaltungen und Kundgebungen.

Die Erlanger SPD hat außerdem den Aspekt des Zusammenhangs zwischen der sog. friedlichen und der militärischen Nutzung der Atomenergie in die Diskussionen und Verlautbarungen des Erlanger Aktionsbündnisses „Atomausstieg jetzt!" miteingebracht.

Angesichts der Zunahme von Konflikten und bewaffneten Auseinandersetzungen innerhalb und zwischen Staaten, weltweit wachsender Rüstungsausgaben und Waffenexporte sowie steigender ökonomischer und sozialer Ungleichgewichte rückt die Entwicklung einer friedlichen Welt in weite Ferne. Auch die Entwicklung in Deutschland gibt zur Sorge Anlass: Auslandseinsätze der Bundeswehr, Deutschland als der Welt drittgrößter Waffenexporteur, Tendenzen zur Militarisierung der Außen- und Entwicklungspolitik und zur Militarisierung im Innern (Diskussionen über den Bundeswehr-Einsatz im Innern, Aktivitäten der Bundeswehr an Schulen, Rüstungsproduktion in der Industrie und Rüstungsforschung an Universitäten und Forschungseinrichtungen) ist eine Intensivierung der friedenspolitischen Arbeit der SPD dringend erforderlich. Die Erlanger SPD sollte und muss ihren „traditionsreichen", seit den 1970er Jahren praktizierten friedenspolitischen Einsatz und den innerparteilichen Kampf dafür, dass die SPD wieder die Partei des Friedens wie zu Zeiten Willy Brandts wird, fortsetzen. Dafür will ich gerne weiter mitarbeiten.

Helmut Pfister

Monatsspiegel-Referent

2011 bis 2013 sind wieder insgesamt 10 Monatsspiegel-Ausgaben entstanden, die das Parteileben abbilden.

Auf Initiative von Sylvia Janik und Sandra Radue hat sich im letzten Jahr ein Redaktionsteam für den Monatsspiegel gebildet. Damit wird meine Arbeit beim Monatsspiegel hervorragend unterstützt: Es gibt jetzt eine längerfristige Planung für die Themenschwerpunkte, Gastbeiträge, Würdigungen und Veranstaltungberichte im Monatsspiegel. Vertagt haben wir in der Redaktionsgruppe eine graphische Überarbeitung des Montsspiegels. Damit werden wir uns erst beschäftigen (können), wenn die Wahlkämpfe vorbei sind und wieder Zeit bleibt für andere größere Projekte.

Kritisch anzumerken ist, dass die Disziplin beim Einhalten des Redaktionsschlusses gerade in den letzten Monaten stark nachgelassen hat. Artikel werden teils bis zwei Tage später nachgereicht. Das Layout wird damit erheblich erschwert.

Der Dank geht an dieser Stelle an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Monatsspiegel-Planung – Saskia Coerlin, Sylvia Janik, Sandra Radue, Patrick Rösch, Christofer Zwanzig –, an Günter Laurer, der unzählige Fotos liefert, und an Lars Thomsen, der die Bilder für den Druck aufarbeitet, an unsere Druckerei Gutenberg Druck&Medien und natürlich an alle Austrägerinnen und Austräger. Bedanken möchte ich mich auch bei allen Autorinnen und Autoren. Ohne eure Beiträge könnte es den Monatsspiegel nicht geben!

Philipp Dees

Tätigkeitsbericht der AsF Erlangen für das Jahr 2012

Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit:

- 11. Januar 2012: Einladung zur Veranstaltung der AsF zum Thema „Probleme behinderter Frauen in der BRD"
- 1. Februar 2012: AsF-Jahreshauptversammlung (verschoben!)
- 8. März 2012: Die AsF feiert mit den Zentrums-Frauen das 25-jährige Bestehen des Frauenzentrums und auch den Internationalen Frauentag
- 11. März 2012: Internationaler Frauentag, Einladung zum Frauenempfang in der Volkshochschule Erlangen
- 18. April 2012: AsF-Jahreshauptversammlung
- 2. Mai 2012: Gemeinsame Diskussion der AsF mit den Jusos zum Thema „Politik für Schwule und Lesben"
- 30. Juni 2012: Die AsF feiert im Garten von Julie Mildenberger das Sommerfest
- 28. September 2012: AsF-Unterbezirkskonferenz
- 7. November 2012: AsF-Sitzung Kommunalpolitisches Programm
- 13. Dezember 2012: KMV, Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Trans- und Intersexuellen
- 16. Dezember 2012: AsF-Weihnachtsfeier bei Julie Mildenberger

Bericht der Arbeitsgemeinschaft 60plus für 2012

Die AG 60plus Erlangen ist ein stabiler kleiner Kreis der regelmäßig Veranstaltungen durchführt, in KV und GKV mit Sitz und Stimme vertreten ist und die Aktivitäten von 60plus in jedem Monatsspiegel dokumentiert. Unsere Veranstaltungen waren mit durchschnittlich sechs bis acht Teilnehmern besucht, das sind etwa so viel wie im letzten Jahr. Neben 1 Vorstandssitzung fanden 10 Treffen der AG im ABH und ein Tag mit 60plus Jena statt.

Hier im Überblick:

- 1/2012: Eurokrise und kein Ende. Wolfgang Schwerna zeigte das vergebliche Bemühen der Regierungen die Krise durch „Sparen“ in den Griff zu kriegen.
- 2/2012: Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen. Der gesamte Vorstand kandidierte wieder. Gewählt wurden: Hartmut Wiechert zum 1. Vorstand, Hem Aichele und Armin Braun zu stellvertretenden Vorsitzenden, Ruth Sych zur Schriftführerin, Hartmut Wiechert zur 60plus Vertretung im GKV und KV Armin Braun zur 60plus Vertretung im KV
- 3/2012: Bürgerversicherung. Das Impulsreferat von Armin Braun brachte eine vergleichende Stellungnahme der verschiedenen Parteien zu den gesetzlichen und privaten Krankenversicherungen. Wir fanden, dass die Bürgerversicherung der beste Ansatz gegen die Finanzierungsprobleme der Krankenkassen darstellt und möglichst rasch eigeführt werden sollte.
- 4/2012: Gesetzliche oder private Rentenversicherung, wer hat den Nutzen? Wir diskutierten die Bosbach-Thesen. Müssen wir die demographische Entwicklung wirklich fürchten? Warum wird seit der Jahrtausendwende so viel über Bevölkerungsstatistik gesprochen? Wieso soll die private Rente „demographiefest“ sein? Und wem nutzt das alles? Bosbach beschäftigt sich insbesondere mit Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Bevölkerungsstatistik, mit Statistiken zur gesundheitlichen Versorgung und mit Statistik-Missbrauch. So zeigt der Blick in das letzte Jahrhundert eine massive Alterung ohne Einschnitte in das soziale Netz, ganz im Gegenteil. Bestimmt die Demographie wirklich das Wohlergehen von Gesellschaften oder übernimmt sie nur die Rolle des Sündenbocks, um von anderem abzulenken?
- 5/2012: Droht uns Altersarmut? Wir haben uns während des Jahres schon häufiger mit diesem Thema beschäftigt und eine untere Grenze für die Rente gefordert, die gegen Altersarmut absichert. In den letzten Monaten, bei einigen Gruppierungen wohl eher der nahenden Bundestagswahl geschuldet, wird eine Untergrenze mit unterschiedlichen Bezeichnungen zwischen 850 und 900 Euro genannt. Genauso wichtig ist es aber zur Vermeidung von Altersarmut, bereits im Berufsleben für Untergrenzen zu sorgen sowie Unterbrechungen und Ausfallszeiten vor allem bei Frauen in angemessener Weise zu berücksichtigen.
- 6/2012: Der Weg zu einer Erwerbstätigenversicherung mit Mindestrente. 60plus unterstützt die SPD Forderung, die gesetzliche Rentenversicherung schrittweise zu einer Erwerbstätigenversicherung umzubauen. Das heutige berufsständisch gegliederte Alterssicherungssystem behandelt je nach Zugehörigkeit zu bestimmten sozialen Gruppen gleiche soziale Tatbestände ungleich, z.B. Arbeitnehmer, Beamte, Landwirte, Künstler, freie Berufe, sonstige Selbständige usw. Es ist ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit, dass alle Erwerbstätigen dem gleichen solidarischen Rentensystem angehören und die damit verbundenen Finanzierungslasten gemeinsam tragen.
- 7/2012: „3. Generationenforum“ in Fürth. Beim 3. Generationenforum in Fürth referierte u. a. Horst Schmidbauer zum Thema „Solidarität und Eigenverantwortung im Gesundheitswesen“. 60plus Erlangen nahm mit 4 Personen teil. Uns schien das Thema auch für Erlangen interessant und wir konnten ihn für eine KMV in Erlangen gewinnen. Um der KMV einen belebenden Impuls zu geben haben wir vorgeschlagen, im Anschluss an das Schmidbauer-Referat eine Kommentarrunde der Betroffenen zu veranstalten.
- 9/2012: Planung der Bürgerreise nach Jena zum 25. Geburtstag der Städtepartnerschaft
- 10/2012: Begegnungstag mit den 60plus-Freunden aus Jena. Nach Abschluss der Auftaktfeierlichkeit zum 25. Geburtstag der Städtepartnerschaft setzte sich die Gruppe von 60plus von der großen Masse ab und ging mit den Jenaer 60plus-Genossen, Dr. Dietmar Stadermann und Peter Schulze ins Parteibüro, dort trafen wir noch Helga Beyer, Dr. Jörg Vogel und Dr. Holger Schütz. Wir diskutierten lange und intensiv über die Bekämpfung des Rechtsradikalismus. Besonders hervorzuheben war die unterschiedliche Beurteilung der Linkspartei. Wir sprachen auch darüber, wie wir uns gegenseitig im Wahlkampf helfen könnten, ohne dabei konkrete Pläne zu haben.
- 11/2012: Die neue Renten-Diskussion: Ausgangspunkt für unsere Diskussion war ein Artikel von Prof. Butterwege in der SZ mit dem Titel: „Die Armut wird grau. Weil das Rentenniveau sinkt, geraten immer mehr Ältere in Not. Die Koalition hat bisher keine Lösung des Problems vorgelegt, sie beschönigt die Lage.“
- 12/2012: Bei Glühwein und Plätzchen Rückblick auf das Jahr 2011.

Unser schönstes und größtes Erlebnis war der Besuch in Jena. Schon zum achten Mal trafen sich zu regem Gedankenaustausch und zur Festigung einer Städte Partnerschaft, die vor 25 Jahren begann, eine Gruppe Jenaer SPD-60plus-Mitglieder und Sympathisanten.

Verschiedene von 60plus diskutierte und erarbeitete Themen, wie Gesundheit und Wohnen sowie der demografische Wandel, sind in den Leitantrag der SPD beim Bundesparteitag eingegangen. Ferner wurde intensiv über folgende Themen diskutiert: Altersarmut, bedingungsloses Grundeinkommen, wirtschaftliches Wachstum um jeden Preis und Bürgerversicherung.

Eine Arbeitsgemeinschaft ist nicht eine Person und ist nicht der Vorstand. Sie braucht Genossinnen und Genossen, die die Arbeit mitgestalten und mittragen. Deshalb an dieser Stelle:

- Dank die Vorstandskollegen Hem und Armin ohne deren Unterstützung die 60plus-AG Erlangen keinen Bestand hätte.
- Dank an unsere Schriftführerin Ruth, die all die Protokolle für den Monatsspiegel verfasste.
- Dank an alle 60plus-Mitglieder, die bei der Gestaltung unserer Treffen mitwirkten.

Unser Anteil an der Bevölkerung wird größer und die Themenbereiche vielfältiger. Wir brauchen aktive 60plus-Genossinnen und -Genossen! Deshalb herzliche Einladung für die Veranstaltungen in diesem Jahr.

Hartmut Wiechert

Informationsdienst der SPD-Stadtratsfraktion Erlangen

RATHAUS TELEGRAMM

Sonderausgabe zum
Haushalt 2013

Haushalt: SPD zieht gemischte Bilanz

Ja zu Bäderkonzept und StUB, doch die Zweifel überwiegen

In vielerlei Hinsicht erfolgreich, insgesamt aber nicht zufriedenstellend: So verliefen die Haushaltsberatungen aus Sicht der SPD-Fraktion. Sehr positiv bewerten wir dabei zum Einen die Projektmittel für die Stadt-Umland-Bahn, die in den Haushalt aufgenommen wurden - auf Antrag von SPD und Grünen ist das ein wichtiges Signal für die Entwicklung des Verkehrs in Stadt und Metropolregion. Sehr zufrieden sind wir zum Anderen mit der Entwicklung bei den Bädern, die nun auf Antrag der SPD vollständig in den Besitz der Stadtwerke übergehen, zudem wird das Freibad West - längst überfällig! - saniert. Lange Zeit hatte es danach ausgesehen, als würden alle anderen Fraktionen diesem Meilenstein im Weg stehen. Trotz dieser und anderer Erfolge (unter anderem wurde endlich die Gewerbesteuer erhöht) hat die SPD-Fraktion dem Haushalt der Stadt in der entscheidenen Sitzung am 7. Februar nicht zugestimmt. Die Gründe dafür lesen Sie auf Seite 2.

Bei Interesse senden wir Ihnen gerne die ausführliche Rede zum Haushalt 2013 zu, schicken Sie bitte einfach eine kurze Mail an unser Büro: spd@erlangen.de

Was wir geschafft haben

Das konnten wir für 2013 durchsetzen - Summe: 3.549.200 Euro!

Investitionen:

Fahrradparkhaus	50.000
Energetische Sanierung Hauptfeuerwache	200.000
IT an Schulen	150.000
Investitionen Obdachlosentreff	100.000
30 Jahre Partnerschaft Wladimir	10.000
Partnerschaft mit San Carlos	10.000
Zuschuss „Die Begleiter"	15.000
Zuschuss Stadtjugendring	10.000
Zuschuss Betreuungsvereine für Öffentlichkeitsarbeit	6.000
Zuschuss Notfälle Kinderbetreuung	5.100
Zuschuss Café Krempel	6.000
Zuschuss E-Werk	218.000
Zuschusserhöhung gVe	20.000
Zuschuss Stadtverband Kulturvereine	2.000
Ausfallbürgschaft Klassikkultur e.V.	20.000
Zuschusserhöhung Angerinitiative	5.100
Unterhalt und Sanierung Freizeitflächen	25.500
Interaktive Bildschirmpräsentationen	5.500
ÖPNV-Zuschuss an die Stadtwerke	1.300.000
Adalbert-Stifter-Schule (2014)	155.000
Grundschule Tennenlohe	100.000
Mensa Grundschule Tennenlohe (2014)	451.000
Sporthalle MTG	30.000
Sanierung Ohm-Gymnasium	50.000
Jugendtreff Innenstadt	50.000
Johann-Kalb-Sportanlage	35.000
Ortsumgehung Eltersdorf	150.000
Stadt-Umland-Bahn	300.000
Begegnungszentrum Erlangen-West	70.000

Einnahmen:

Mit der Erhöhung der Gewerbesteuer auf das Niveau der Nachbarstadt Fürth wurde eine langjährige Forderung der SPD-Fraktion endlich erfüllt. Insgesamt kann die Stadt dadurch mit Mehreinnahmen in Höhe von rund 2.100.000 Euro rechnen.

Erlangen SPD

„Ein Haushalt ist Ausdruck der Politik einer Stadt. Aus Sicht der SPD müssen sich in einem Haushalt die Wünsche, die Bedürfnisse und die Ideen, aber auch die Nöte einer Stadtgesellschaft, also der Menschen, die in Erlangen leben, widerspiegeln. Ein Haushalt muss auf die großen Fragen Antworten geben, die diese Stadt und die Gesellschaft bewegen. "

Dr. Florian Janik in seiner Haushaltsrede am 7. Februar

Warum wir den Haushalt ablehnten

Überstürzter Hallen-Neubau, Energiewende und Wohnen

Drei Aspekte des Haushalts 2013 wogen für uns so schwer, dass wir auch in diesem Jahr nicht zustimmen konnten.

Mit den Plänen zur Errichtung eines ganz neuen Sporthallenkomplexes geht die Stadt ein großes finanzpolitisches Risiko ein. Veranschlagt für den Neubau sind 7 bis 8 Millionen Euro, die SPD-Fraktion rechnet eher mit 10 Millionen Euro. Zuschussgelder sind nur in Höhe von 1,7 Millionen Euro sicher. Zudem ist die vorgesehene Fläche an der Hartmannstraße entgegen der Aussagen der Stadtspitze keineswegs gesichert, dazu gibt es naturschutzrechtliche Bedenken. Die SPD steht zum Profihandball in Erlangen ebenso wie zum Breitensport. Deswegen wollen

wir den Ausbau der Hiersemannhalle. Denn nur so steht bereits in der kommenden Saison eine bundesligataugliche Halle zur Verfügung - und die Stadt hat zudem noch Mittel übrig, die vorhandenen Sporthallen auszubauen! Die Hauruckaktion der Stadtspitze plant, ist ein Luftschloss - trügerisch für den Sport und riskant für die Finanzen der Stadt.

Wie 2012 ist die SPD-Fraktion auch in diesem Jahr nicht zufrieden mit dem Engagement der Stadt für die zentrale Aufgabe der Energiewende. Energieeffizienz und Energieeinsparung sind tragende Säulen, kommen aber in dieser Stadt zu kurz. Das betrifft städtische Gebäude ebenso wie Häuser in Privatbesitz, die saniert werden sollen. Förderprogramme dafür gibt es - doch bei der energetischen Sanierung alter Gebäude ist noch viel Luft nach oben. Gleiches gilt für den Neubau - gerade dann, wenn Häuslebauer mit innovativen Technologien vorangehen wollen. Hier wäre es wichtig, eine Förderung durch die Stadt möglich zu machen. Die Stadt hat sich zur Energiewende in Erlangen bekannt. Jetzt müssen eigentlich Taten folgen.

Der dritte Grund für das Nein der SPD zum Haushalt ist die Wohnungspolitik der Stadt. Vor dem Hintergrund einer Gesellschaft, in der immer mehr Menschen das Gefühl haben, dass es nicht gerecht zugeht, hätten wir in Erlangen die Chance, die Schere zwischen Arm und Reich etwas zu schließen. Doch gerade in der Wohnungspolitik hinkt die Stadt hinterher: Trotz vorhandener Fläche gibt es zu wenig Wohnraum, so dass Wohnen - ein Grundbedürfnis! - zum größten sozialen Problem der Stadt geworden ist. Die Folge: steigende Mieten, utopische Kaufpreise. In dieser Situation auch noch die Grundsteuer zu erhöhen, verschärft die Ungleichheit. Eine solche Politik kann und will die SPD nicht mittragen. ■

RATHAUS TELEGRAMM HH/2013: IMPRESSUM
Das SPD-Rathaustelegramm wird erstellt durch die SPD-Stadtratsfraktion Erlangen,
Rathausplatz 1, 91052 Erlangen, Telefon: 09131-862225 - Fax: 09131-862181
Internet: www.spd-fraktion-erlangen.de - Mail: spd@erlangen.de
Verantwortlich: Dr. Florian Janik - Redaktionelle Gestaltung: Gary Cunningham

Erlangen SPD

Auf den Inhalt kommt es an

Stellungnahme der SPD-Fraktion zum Haushaltsbeschluss 2013 in der Stadtratssitzung am 7. Februar 2013

Von Dr. Florian Janik
Vorsitzender der Stadtratsfraktion

– Es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,
auch wenn am Ende der Haushaltsberatungen, heute, gern darauf geschielt wird, was unten rauskommt, also ob es Neuverschuldung gibt oder gar Entschuldung. Ob ein Haushalt gut oder schlecht ist, wie man einen Haushalt bewerten muss, das lässt sich aber nicht an einer Zahl ablesen. Auch beim Haushalt gilt: Auf den Inhalt kommt es an. Denn was nützt einem ein Haushalt mit Entschuldung, wenn gleichzeitig die Gebäude, die Straßen und Plätze, die öffentlichen Einrichtung vor sich hinrotten? Umgekehrt: Was sagt es über einen Haushalt aus, wenn Schulden aufgenommen werden, wenn man nicht weiß, wofür diese Kredite verwendet werden? Fließen Sie in laufende Kosten oder in Investitionen und was sind das für Investitionen, die getätigt werden. Haushaltspolitik kann und sollte man niemals losgelöst von den Inhalten diskutieren.

Ein Haushalt ist Ausdruck der Politik einer Stadt. Aus Sicht der SPD müssen sich in einem Haushalt die Wünsche, die Bedürfnisse und die Ideen, aber auch die Nöte einer Stadtgesellschaft, also der Menschen, die in Erlangen leben, wiederspiegeln. Ein Haushalt muss Antworten geben auf die großen Fragen, die diese Stadt und die Gesellschaft bewegen.

Ich möchte nicht verschweigen, dass einige Anträge der SPD in dem heute zu beschließenden Haushalt berücksichtigt wurden. Dafür bedanke ich mich herzlich bei allen Kolleginnen und Kollegen, die diese unsere Anliegen unterstützt haben. Zwei Projekte möchte ich dabei besonders herausstellen.

Zum einen die Projektmittel für die Stadt-Umland-Bahn, die auf Antrag von SPD und GL in den Haushalt aufgenommen wurden. Dieses Verkehrsprojekt ist aus meiner Sicht zentral für die Entwicklung unserer Stadt und unserer Region. Die Metropolregion und vor allem die Städteachse sind im Handeln und im Bewusstsein der Menschen und der Unternehmen längst Realität. Ich erlebe es oft genug, dass die Menschen da viel weiter sind, als die Politik, die gerne noch in Kirchtürmen denkt. Ob Siemens Arbeitsplätze in Erlangen, Nürnberg oder Forchheim schafft oder gar abbaut – es ist alles ein Standort. Zuletzt konnten Sie das auf dem Altstadtempfang aus dem Mund von Herrn Brenner hören. Und auf diese Region sind wir angewiesen. Die Region muss wirklich zusammenwachsen. Aus meiner Sicht am wichtigsten ist dabei eine moderne Verkehrsinfrastruktur. Mobilität ist heute ein Grundbedürfnis, Voraussetzung für ein zeitgemäßes Leben. Flexibilität wird gefordert, ob uns das gefällt oder nicht. Nicht ab und zu mal, sondern jeden Tag. Und unsere Region muss sich messen mit anderen Metropolregionen in Deutschland und in Europa. Mit Berlin, mit München und mit den anderen großen Wirtschaftsräumen. Wir brauchen ein umweltfreundliches, modernes und nachhaltiges Verkehrsmittel, das die Wohnquartiere mit den Arbeitsplätzen und den zentralen Orten in der Region verbindet. Wir brauchen die Stadt-Umland-Bahn. Jetzt ist die Staatsregierung am Zug. Es genügt nicht, wenn der Ministerpräsident und der Innenminister verbal ihre Unterstützung bekunden, die müssen jetzt mal etwas Belastbares nachlegen. Die Stadt Erlangen signalisiert heute, dass sie bereit ist, an dem Projekt weiterzuarbeiten.

Zum anderen möchte ich den am Ende einstimmigen Beschluss zum Bäderkonzept der SPD hervorheben. Unser Antrag, dass die Bäder nun vollständig ins Eigentum der Erlanger Stadtwerke übergehen und in der Folge das Freibad West saniert wird ist eine gute Nachricht für die vielen Bewohnerinnen und Bewohner im Erlanger Westen, die das Bad nutzen und auch in Zukunft nutzen werden. Es sah ja lange nicht gut aus für dieses Anliegen. Im Sportausschuss wurde unser Konzept noch von allen anderen Fraktionen abgelehnt. Wäre es dabei geblieben, ein weiteres Jahr Stillstand wäre die Folge gewesen. Denn die eingestellten Haushaltsmittel hätten nie und nimmer gereicht, um die Sanierung durchzuführen. Im Herbst kann es jetzt also losgehen. Hoffen wir, dass das Bad noch eine Saison übersteht. Ungelöst ist bisher noch die Frage, wie es nach der Schließung des Hallenbads Frankenhof weitergeht. Für uns ist klar, dass die Wasserfläche weiterhin gebraucht wird. Wir werden jetzt die Pläne und Kostenschätzungen der ESTW abwarten und dann daran arbeiten, auch für dieses Bäderthema eine Lösung zu finden.

Trotz dieser und anderer positiver Aspekte, wie der längst überfälligen Anhebung der Gewerbesteuer auf das Niveau der Stadt Fürth, die sich im Verlauf der Beratungen ergeben haben, wird der Haushalt den Herausforderungen, vor denen diese Stadt und unsere Gesellschaft stehen, nicht gerecht. Ich möchte das an drei zentralen Punkten erläutern.

Um es mit Heribert Faßbender zu sagen: „Fußball ist inzwischen die Nummer 1 in Erlangen. Handball übrigens auch.“ Unser Konzept liegt auf dem Tisch. Wir wollen die Hiersemannhalle bundesligatauglich umbauen, weil wir der Auffassung sind, dass der Profihandball zu Erlangen gehört. Und wir wollen die Hallenkapazitäten in dieser Stadt ausbauen, mit Augenmaß und in Abwägung zu den anderen Themen, die uns wichtig sind. Das heißt wir unterstützen den Ausbau der MTG-Halle und wollen den Ausbau der ASG-Halle beschleunigen und so in absehbarer Zeit zwei neue Hallenkapazitäten schaffen. Wir reden hier von einem konkreten, von einem umsetzbaren und einem finanzierbaren Projekt, nicht von einem Luftschloss oder besser gesagt einer Lufthalle.

Sie schlagen heute ein Projekt vor, von dem niemand weiß, was es kostet. Sie reden von 7 oder 8 Millionen Euro, realistischer sind wohl eher 10 oder mehr Millionen, vergleichbar mit den Baukosten für die verworfene Halle am Europakanal. Die vorgesehene Fläche ist alles andere als sicher, sie ist ja noch nicht einmal im Besitz der Universität. Ich zitiere sinngemäß aus der heutigen Vorlage: „Erste Gespräche mit der FAU haben ergeben, dass eine offene Gesprächsbereitschaft für eine Verwertung der Grundstücke für Infrastruktur und Sporthalle denkbar sind.“

Noch windelweicher kann man es ja nicht mehr formulieren. Ebenso gibt es keine konkreten Aussagen über die finanzielle Beteiligung der anderen Interessierten. Sicher ist nur ein Zuschuss von 1,7 Millionen Euro über FAG-Mittel. Verbleiben 8+X Millionen ohne jede konkrete Finanzierung oder halten Sie, Herr Oberbürgermeister, Informationen zurück? Unklar ist auch, ob die neue Halle mit all den vorgesehen Nutzern den Bedürfnissen dieser Nutzer auch gerecht wird. Klappt das zusammen? Sie reden von einer Fertigstellung in zwei Jahren, in der Vorlage ist von 3-4 Jahren die Rede. Dass sie selbst nicht an die 2 Jahre glauben untermauert ja schon der heute vorliegende Antrag. Mit 200.000 Euro Planungskosten kommen Sie im Jahr 2013 nicht weit. Jedenfalls nicht weit genug, um Anfang 2014 mit dem Bau beginnen zu können. Und nicht zuletzt bleiben bei der Fläche auch ökologische Fragezeichen. Einen Steinwurf entfernt prozessieren bis heute Naturschutzverbände und Anwohner gegen den Bau des MPI. Und ob man in unmittelbarer Nähe zu einem Naturschutzgebiet einen Großparkplatz errichten kann und sollte ist zumindest fraglich. Die SPD steht zum Profihandball in unserer Stadt ebenso wie zum Schul- und Breitensport. Deshalb wollen wir den Ausbau der Hiersemannhalle, denn nur so steht bereits in der kommenden Saison eine bundesligataugliche Halle zur Verfügung und wir haben auch in Zukunft die finanziellen Mittel, die vorhandenen Sporthallen auszubauen. Ihre Hauruckaktion ist eine unsichere und trügerische Perspektive für den Sport in unserer Stadt. Und sie ist ein finanzpolitisches Risiko.

Eine der drängendsten Fragen unserer Zeit ist die Energiewende und der Klimaschutz. Da reicht es nicht, wenn man es den ESTW überlässt, Windräder zu bauen. Eine tragende Säule der Energiewende ist die Energieeffizienz oder auch das Einsparen von Energie. Und hier gibt es in unserer Stadt viel zu tun. Zum einen bei den städtischen Gebäuden selbst. Zum anderen sind wir der Auffassung, dass die Stadt die Bürgerinnen und Bürger, die ihre Häuser sanieren wollen, unterstützen müssen. Ja, da gibt es viele Förderprogramme, stimmt, aber ein Bereich verdient gerade in einer Stadt mit unserer Historie besondere Aufmerksamkeit. Die energetische Sanierung von alten Gebäuden: Hier gibt es Handlungsbedarf und hier sollten wir auch handeln. Gleiches gilt für den Neubau. Passivhäuser, die müssen mit städtischem Geld nicht mehr gefördert werden, aber wenn Häuslebauer sich entscheiden, wirklich innovativ zu sein, Energieplushäuser zu bauen, neue Technologien einzusetzen wie die Speichertechnologie, die uns vor kurzen hier im Stadtrat Prof. Wasserscheid vorgestellt hat, dann ist es richtig, dafür eine Förderung durch die Stadt möglich zu machen. Nach unserer Auffassung ist da mehr möglich und nötig, wenn wir die von uns selbst gesteckten Ziele auch erreichen wollen. Zu dem Ziel haben wir uns alle bekannt, dem müssen aber auch Taten folgen, nicht nur schöne Worte.

Viele Menschen haben heute das Gefühl, dass es in unserer Gesellschaft nicht mehr gerecht zu geht. Das gilt verstärkt dort, wo soziale und wirtschaftliche Ungleichheit spürbar sind. Die Schere zwischen Arm und Reich ist bereits weit geöffnet! Es gehört in Deutschland und weltweit zu den drängendsten Herausforderungen, dafür zu sorgen, dass sich diese Schere nicht noch weiter öffnet. In einer Stadt wie Erlangen haben wir sogar gute Möglichkeiten, die Schere wieder zu schließen. Das größte soziale Problem in Erlangen ist die Situation auf dem Wohnungsmarkt. Wohnen, ein Grundbedürfnis, ist zu einem Luxusgut geworden. Nicht zufällig, sondern weil in dieser Stadt auf vorhandener Fläche zu wenig Wohnraum geschaffen wurde. Das gilt im Röthelheimpark, das gilt auch in Teilen des Stadtwestens. Der doppelte Abiturjahrgang und die steigenden Studierendenzahlen verschärfen den Druck am Wohnungsmarkt noch. Und wenn

Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Möhrendorfer Str. 1c · 91056 Erlangen
Tel. 09131/4 32 26

Beitragssätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:
- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Wir bieten
- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.

Beratungstermine

Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr im E-Werk an der Fuchsenwiese, Gruppenraum 2 (3. Stock)

Jeden ersten Montag im Monat von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune, Odenwaldallee 2

Jeden ersten Donnerstag im Monat von 17.00 - 19.00 Uhr im Begegnungszentrum Fröbelstr. 6, Stadtteil Bruck

Während des Semesters jeden Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr im Sprecherrat, Turnstraße 7

Ansonsten nach telefonischer Vereinbarung, Tel.: 43226 (Montag bis Freitag von 9.00 - 12.00 Uhr)

Sie in dieser Situation, bei steigenden Mieten und utopischen Kaufpreisen für Wohnraum die Grundsteuer weiter anheben, dann verschärft dies die Ungleichheit in dieser Stadt noch zusätzlich. Das ist die falsche Maßnahme zum falschen Zeitpunkt und eine solche Politik tragen wir, trägt die SPD nicht mit.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,
zum Abschluss möchte ich mich bedanken: Bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, insbesondere im Personalamt, Herrn Ternes, in der Kämmerei und im Personalrat für die offene und gute Zusammenarbeit. Auch wenn der Haushalt nicht immer ein Vergnügen ist: Diese Art miteinander zu arbeiten ist nicht nur angenehm, sie macht Freude. Herr Beugel, Sie haben sich dieses Mal eine Extraapplaus der SPD verdient. Ohne Ihr Engagement für das SPD-Bäderkonzept weiß ich nicht, ob wir diesen Schritt geschafft hätten. Manchmal zählt der Prophet im eigenen Land eben doch etwas. Herzlichen Dank dafür.

Ein Haushalt ist Ausdruck der Politik einer Stadt. Einen Widerspruch zwischn Ihrem Handeln und Ihrer Politik kann ich Ihnen, Herr Oberbürgermeister und liebe Kolleginnen und Kollegen von CSU und FDP nicht ersparen. Sie reden immerzu in der Öffentlichkeit von der vorsichtigen Personalpolitik und dem sparsamen Haushalten, dem Eindämmen der sogenannten freiwilligen Leistungen. Das ist nicht unsere Überzeugung. Das sind Ihre Aussagen. Das, was Sie tun, ist aber das Gegenteil: 100 neue Stellen in 2 Jahren und zahlreiche zusätzliche freiwillige Leistungen. Haben Sie Ihre Meinung geändert? Sind das Wahlgeschenke, die Sie hinterher wieder zurücknehmen wollen oder sind es nur notgedrungene Zugeständnisse, um irgendwie eine Mehrheit für Ihren Haushalt hinzubekommen? Dazu, Herr Dr. Ruthe, Herr Oberbürgermeister, habe ich heute von Ihnen nichts gehört.

Ein Haushalt ist Ausdruck der Politik einer Stadt. Ein Haushalt muss Antworten geben auf die großen Fragen, die diese Stadt und die Gesellschaft bewegen. Ein so verstandener Haushalt ist kein bloßes Zahlenwerk, sondern die Basis für eine prosperierende Stadt, in der die Menschen Ihre Zukunft aktiv gestalten können. Und genau diesem Anspruch wird der heute vorliegende Entwurf nicht gerecht und deshalb wird die SPD diesem Haushalt nicht zustimmen.

Allensbach-Umfrage bestätigt im Wesentlichen SPD-Positionen

Von Angelika Weikert MdL
Betreuungsabgeordnete für den Stimmkreis Erlangen

Eine jüngst veröffentlichte Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach zum Thema „Soziale Gerechtigkeit“ bestätigt im Wesentlichen die Positionen der SPD. Beinahe zwei Drittel der Umfrageteilnehmer sind der Meinung, dass sich die soziale Gerechtigkeit in den letzten Jahren zurückentwickelt hat. Auskömmliche Löhne, gerechte Bildungschancen, Chancengerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt und Generationengerechtigkeit zählen dabei zu den Punkte, die den Befragten am wichtigsten sind. Gleichzeitig sehen sie die Politik in der Verantwortung, sich für mehr soziale Gerechtigkeit einzusetzen. Zu den zentralen Forderungen der Befragten zählen die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, kostenlose Bildung vom Kindergarten bis zur Hochschule sowie gleicher Lohn für gleiche Arbeit und die Sicherstellung eines Mindestlohnes.

Diese Ergebnisse stellen Wasser auf unseren Mühlen dar. Das Thema soziale Gerechtigkeit gehört seit jeher zum Markenkern der SPD. Wie schon bei der Wahl von Rot-Grün 1998 soll die soziale Gerechtigkeit auch im diesjährigen Bundestagswahlkampf unser Leitmotiv sein. Peer Steinbrück hat dies in Vilshofen eindrucksvoll dargelegt – leider ging das in der Berichterstattung zum Aschermittwoch unter.

Wenn es uns gelingt unsere Positionen und Konzepte zur Beseitigung der ungerechten Zustände glaubhaft zu vermitteln, dann kann dies unsere Chance für die bevorstehenden Wahlen sein.

Kulturtipp

Eine Konzertreise durch zwei politische Lebensgeschichten

Von Sandra Radue
stellvertretende Kreisvorsitzende

Mit großer Freude habe ich im letzten Frühjahr die Dokumentation „Wader Wecker Vaterland“ im Kino gesehen. Regisseur Rudi Gaul begleitet die beiden Künstler von den ersten Proben bis hin zur gemeinsamen Tournee.

Mir hat dabei vor allem gefallen, wie bei den anfänglich sehr gegensätzlich wirkenden Persönlichkeiten – hier der offenherzige, stets gut gelaunte Konstantin Wecker, dort der unnahbare, zänkische, ständig mit sich selbst hadernde Hannes Wader – nach und nach die Parallelen in den Biografien und in der Motivation zum politischen Handeln herausgearbeitet werden. Und im gleichen Maß, wie im Film die Sympathie der beiden zueinander, die Freude an den gemeinsamen Auftritten und die Begeisterung des Publikums wächst, werden dem Zuschauer tiefe Einblicke in das Seelenleben und auch in die Abgründe der Lebensgeschichten dieser beiden Ausnahmekünstler gewährt. Dies erfolgt sehr geschickt in einer Mischung aus Konzertmitschnitten, Einzelporträts und anhand von Archivaufnahmen. Am Ende steht die Erkenntnis, dass bei allen Unterschieden eine große Gemeinsamkeit eine Klammer bildet: Die Utopie von einer anderen, besseren Welt.

Den Film gibt es jetzt auch als DVD für ca. 14 Euro und er ist prima geeignet für einen gelungenen Fernsehabend (nicht nur) für Fans der beiden Liedermacher.
http://www.waderweckerfilm.de/

Zivilklauseln: Hochschule ohne Militär

Von Lucas Wirl
Geschäftsführer von NatWiss, NaturwissenschaftlerInnen-Initiative Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit e.V.

Die Zivilklauselbewegung hat Fahrt aufgenommen. Bundesweit haben elf Universitäten Zivilklauseln, dieses Jahr sind HS Bremen, HS Bremerhaven und TU Darmstadt dazu gekommen, zudem wird im Senat mehrerer Universitäten (z.B.. Hannover, Göttingen) über Zivilklauseln und deren Verankerung in Leitbild oder Grundordnung diskutiert. Auch in den Parteien, jüngst bei den Grünen in Baden-Württemberg, wird über Zivilklauseln debattiert und werden Positionen erkämpft. Selbst Verteidigungsminister de Maizière attestierte in der FR vom 20. November 2012, über Zivilklauseln werde „leidenschaftlich diskutiert [...] zumindest teilweise".

Trotz dieser positiven Entwicklungen steht die Zivilklauselbewegung vor einigen Herausforderungen. Was benötigt wird, ist ein ehrlicher und offener Diskurs über die Einführung von Zivilklauseln. Dies erfordert zuallererst die Offenlegung der Forschungsmittel für militärrelevante Forschung, denn erst dann ist eine Basis für Diskussion gewährleistet. Des Weiteren bedarf es mehr Ressourcen, Kraftaufwand und Mut zu einem breit angelegten öffentlichen und inneruniversitären Diskurs um die Einführung von Zivilklauseln. Und es muss eine Erweiterung und Weiterentwicklung der Ziele der Bewegung erfolgen. Es reicht nicht mehr, „nur" für die Einführung von Zivilklauseln an Hochschuleinrichtungen zu kämpfen, sondern es muss verstärkt über die Ausgestaltung der Zivilklauseln der elf und bald mehr Hochschulen diskutiert und konkrete Vorschläge für ein demokratisches und partizipatives Leben einer Zivilklausel entwickelt werden.

Durch die fehlende Offenlegung von Daten über Drittmittelforschung ist eine Diskussion mit offenem Visier nicht möglich. Es besteht oftmals keine Chance, in der Bürokratie einer Universität an relevante Daten zu gelangen. Dieser Umstand ist jedoch nicht nur der überlasteten, unterfinanzierten Institution Universität zulasten zu legen; der Korpus stinkt vom Kopfe her: Die Vergabe von Forschungsmitteln für militärrelevante Forschung, wehrtechnische und sonstige militärische Entwicklung und Erprobungen öffentlichen Hochschuleinrichtungen fällt – seit Zivilklauseln breiter in der Öffentlichkeit diskutiert werden – unter die Geheimschutzordnung; im Namen der nationalen Sicherheit werden diese Angaben nicht öffentlich gemacht.

Somit wird ein wichtiger Bezugspunkt für den Diskurs über Zivilklauseln für die Öffentlichkeit unzugänglich gemacht und eine demokratische Debatte auf Augenhöhe verhindert. Die Politik und auch die Universitätsleitungen drücken sich – entgegen De Maizières Äußerungen der letzten Wochen (Frankfurter Rundschau, Unikum) – vor einer transparenten Debatte und scheinen sich vor dem Bekanntwerden der rüstungsrelevanten Forschung an öffentlichen Einrichtungen gar zu fürchten.

Das Fehlen eines breiten, öffentlichen und transparenten Diskurses über Militärforschung setzt sich aber auch in Teilen der Zivilklauselbewegung fort, in der Institution Universität wird vermehrt über die Einführung von Zivilklauseln im akademischen Senat diskutiert. Diese Debatten fern der Öffentlichkeit behindern den öffentlichen Diskurs. Gerade im Hinblick auf eine spätere Umsetzung und Integration einer Zivilklausel in den universitären Betrieb sollte sie nicht nur in Hinterzimmern, sondern universitätsweit und im Stadtbild der Uni debattiert werden und sichtbar sein. Scheinbar vorbei ist der Auftrieb, den die Urabstimmungen in Karlsruhe, Köln und Frankfurt der öffentlichen Debatte brachten. Dabei ist die Inklusion und Partizipation sämtlicher Kräfte sowie die demokratische Mitbestimmung notwendig, um in eine breite gesellschaftliche Debatte über die Orientierung der Universitäten und der Wissenschaft zu diskutieren. Eine Einbindung von Gewerkschaften, Mitarbeiterinnen, Lehrenden und Friedens- sowie sozialer Bewegungen ist nötig. Wege zu breiten Debatten sollten vermehrt über Vollversammlungen, Urabstimmungen und öffentlichen Veranstaltungen mit einer Vielzahl von VeranstalterInnen führen. Dies erfordert Ressourcen, die den Studierenden aufgrund der Beschneidung ihrer Autonomie durch den Bologna-Prozess oftmals fehlen. Hier sollte sich die Friedensbewegung einbringen und auf Studierende, Asten, hochschulische Arbeitskreise etc. zugehen und Unterstützung anbieten.

Eine weitere Herausforderung für die Bewegung ist die Ausgestaltung einer Zivilklausel an einer hochschulischen Einrichtung, Dies ist bisher ein „großes weißes Blatt". Bisherige Diskussionen und Überlegungen wurden aus einer Abwehrhaltung heraus geführt. Anstrengungen, wie eine Zivilklausel in die Strukturen einer Hochschule integriert und welche zusätzlich geschaffen werden müssen, wie sie in Lehrpläne aufgenommen werden könnte und wie ihre Einhaltung unter größtmöglicher demokratischer Partizipation überprüfbar und handhabbar gemacht werden kann, wurden kaum angestellt. Das Ausfüllen einer Zivilklausel bedeutet auch, den Charakter einer Hochschuleinrichtung zu ändern und eine Friedensethik der Wissenschaften neu anzustoßen. Dies ist jedoch eine große Herausforderung, zu der alle eingeladen sind, mit zu diskutieren und sich einzubringen.

Weitere Informationen zur Zivilklausel befinden sich auf www.natwiss.de

„Kein Klimwandel in Erlangen?“

Leserbrief zum „Symposium Klima und Energie“ von VDE/VDI“ von VDE/VDI und Uni, zu dem der Klimaleugner Fritz Vahrenholt als Referent eingeladen wurde und der Kritik aus der Initiative Energiewende ER(H), EWERG e.G. und Bürger-für-Bürger-Energie e.G. daran

Von Dr. Andreas Richter
Referent für Schulung und Arbeitskreise

Der Kritik von Energiewende ER(H), EWERG und Bürger-für-Bürger-Energie ist absolut Recht zu geben. Das „Symposium Klima und Energie“ von VDE/VDI und leider auch der Universität Erlangen erfüllt in keinster Weise wissenschaftliche Standards. Es drängt sich der Eindruck auf, dass das Ziel dieser Veranstaltung war, die Energiewende schlecht zu reden.

Ein sog. „wissenschaftlicher“ Beirat will ernsthaft glauben machen, durch ein Referat des „Klima-Sarrazins“ Fritz Vahrenholt eine wissenschaftliche Diskussion zu befördern? Das ist ungefähr so wie ein Beitrag der BILD-Zeitung auf einer Veranstaltung zu seriösem Journalismus.

Neben dem ehemaligen RWE-Manager Vahrenholt hielt ausschließlich der Materialwissenschaftler Harde als weiterer interessierter Nicht-Fachmann ein Referat. Er vertritt ähnliche, in der Fachwelt abgelehnte Thesen. Beide behaupten, der CO_2-Ausstoß würde so gut wie keine Rolle bei der Klimaerwärmung spielen.

Nun ist es sicherlich in einem wissenschaftlichen Kontext nicht nur in Ordnung, sondern sogar notwendig, kritisch an Mehrheitsmeinungen heranzugehen. Der Schwerpunkt sollte jedoch auf dem mit Abstand am besten mit den Messdaten übereinstimmendem Modell liegen. Und das ist das auf dem CO_2-Ausstoß basierende. Auch hat es wenig Sinn, längst widerlegte Thesen wie von Vahrenholt aufs Schild zu heben.

Dass kein Klimaforscher bereit war zu kommen, ist so kein Wunder. Spekulative, längst widerlegte Thesen zu adeln tut sich kein Wissenschaftler gerne an.

Fast schon an Realsatire grenzt die Behauptung der Organisatoren, sie wollten unterschiedliche Meinungen diskutieren. Wie berichtet, wurden keinerlei Fragen oder Beiträge zugelassen. Ein für wissenschaftliche Veranstaltungen auch bei sehr vielen TeilnehmerInnen äußerst ungewöhnliches Vorgehen.

Noch problematischer ist das Vorgehen der Organisatoren dadurch, dass es bei der Veranstaltung vor allem auch um die Energiewende, also um eine politische Entscheidung ging. Politisch muss jetzt gehandelt werden, denn sonst wäre es zu spät.

Wes Geistes Kind die Veranstaltung von VDI/VDE und Universität war, zeigt folgende auf der Homepage des VDE zu findende Aussage deutlich:

„Die Vermeidung der CO_2-Emission wegen des vermuteten Klimaschutzes behindert aber die Möglichkeiten auf vielen Gebieten und kostet Geld.“ (http://www.vde.com/DE/REGIONAL-ORGANISATION/BEZIRKSVEREINE/NORDBAYERN/VERANSTALTUNGEN/Seiten/Symposium.aspx)

Die Anbieter fossiler und atomarer Energien und ihrer Technik fürchten ums Geschäft.

Energiewende – geht doch (nicht?)!

Von Hannes Allabauer

Die Energiewende hat einen neuen Zustand: sie drehleiert seit bald einem halben Jahr nur noch um den EEG-Zuschlag auf den bürgerlichen Strompreis. Dem Wahlvolk wird dabei gleich vorgelogen, dass die Erneuerbaren Energien an der Preissteigerung und an der „Instabilität“ der Stromversorgung schuldig seien. Die Regierungsvertreter sind auch sehr bemüht, gegen diese Situation vorzugehen, die wir ohne diese Regierung nicht hätten. Die Planung dazu liest sich wie ein Notstandsgesetz [1]:

- Die EEG-Umlage soll bis 2014 eingefroren werden und danach um maximal 2,5 Prozent pro Jahr steigen.
- Kappen der Vergütung bei neuen Ökostromanlagen für einige Monate.
- Besitzer bestehender Ökostromanlagen sollen für ein Jahr auf 1,5 Prozent der garantierten Vergütung verzichten.
- Große Ökostromkraftwerke sollen ihre Energie zukünftig direkt vermarkten, ohne garantierte Einspeisevergütung.
- Große Stromverbraucher sollen häufiger als bislang die Umlage mitzahlen.
- Unternehmen, die ihren selbst verbrauchten Strom in eigenen Kraftwerken erzeugen, sollen künftig eine Mindestumlage zahlen.

Der Energiewende und damit den alternativen Kraftwerken werden so neue Steine in den Weg gelegt, konventionelle (verschwenderische) Kraftwerke werden geschont und die grotesken Großprojekte (Offshore-Windpark, Hochspannungs-Netzausbau) werden weiter vorangetrieben. Die Ökostrom-Umlage, das Netznutzungsentgeld und der dank Ökostrom fallende Preis an der Strombörse werden zur Sättigungsbeilage für die großen Stromerzeuger, großen Stromverbraucher und Netzbetreiber.

Vollends unter den Tisch gefallen ist die Energetische Gebäudesanierung (das Gesetz zur Steuervergünstigung hängt immer noch im Bundesrat), obwohl Heizen und Warmwasser 70 Prozent des Energieverbrauchs im Haushalt ausmachen. Mit der Sanierung wäre in den Städten mit KWK und BHKW ein großer Beitrag zur Stromversorgung (u. a. über Schwarmkraftwerke) möglich [13]. Das Hinhalten hat wohl einen Hintergedanken: Es gibt ja außer den Erneuerbaren Energien noch eine „neue Energie“, bzw. eine (nicht ganz) neue Energiequelle – das Fracking.

Der Bundesindustrieverband Deutschland Haus-, Energie- und Umwelttech-

nik (BDH) kritisiert: „Die Politik kümmert sich so gut wie gar nicht um den Wärmemarkt, trotz seiner enormen Bedeutung. Dass der Strombereich die Energiewende-Diskussion dominiert, ist völlig unangemessen. Ohne die Einsparpotenziale im Wärmebereich ist die Energiewende nicht zu schaffen.“ Der BDH fordert von der Bundesregierung eine Politik sinnvoller Anreize. Die Förderprogramme der Kreditanstalt für Wiederaufbau müssten durch ein gut ausgestattetes Marktanreizprogramm und vor allem durch steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten flankiert werden [12].

Erneuerbare Energien kommen im Heizungsmarkt laut Jahresbilanz 2012 der deutschen Heizungsindustrie weiterhin nur langsam voran. Laut BDH wurden nur in 24 Prozent aller neuen Heizungsanlagen erneuerbare Energiequellen mit eingebunden. Damit sind immer noch rund 75 Prozent aller Heizungsanlagen in Deutschland unzureichend effizient. Gerade in diesen Zeiten niedriger Zinsen wird für die Energiewende eine Riesenchance vertan. Zwar wuchs der deutsche Gesamtmarkt für Wärmeerzeuger 2012 um 3 Prozent, doch der Anteil etwa von Thermischen Solaranlagen brach dabei um 9 Prozent ein. Grund für die relative Schwäche der Ökowärme sei nach Angaben der „Welt“ das zuletzt deutlich billiger gewordene Erdgas – eine Folge des größeren Imports von verflüssigtem Erdgas in Europa. Gas-Brennwertkessel blieben deshalb im vergangenen Jahr laut BDH die erste Wahl der Bauherren und Sanierer: Die Verkäufe stiegen um 8 Prozent. Damit konnten Gasheizungen ihren Anteil am deutschen Wärmemarkt laut Jahresbilanz im vergangenen Jahr von 73,5 auf über 75 Prozent erhöhen. Holzpellet-Heizungen und andere Wärmeerzeuger auf Biomasse-Basis spielten mit einem Anteil von 4,5 Prozent auf dem Gesamtmarkt nur eine untergeordnete Rolle. Der Anteil von Wärmepumpen stagniere gegenüber dem Vorjahr nahezu bei 9,2 Prozent [12].

Mit Fracking gibt’s noch genügend Öl und Gas?

Am Umsatz gerechnet ist Öl das weltwichtigste Handelsgut. Würden wir Öl allein mit der konventionellen Ölfördertechnik bereitstellen, wäre die Welt laut Internationale Energieagentur IEA bereits 2008 am Peak of Oil angekommen [2] – von dem an also die Fördermenge zurückgeht. Erst das heutige Preisniveau macht ehemals unwirtschaftliche Ölvorkommen ausbeutbar und z.B. den Teersand-Abbau im großen Stil interessant. Die Umwandlung von Urwäldern in Palmölplantagen und die Beimischung von Ethanol ins Benzin ist der Versuch, die bestehenden Tankinfrastrukturen und die gewachsene Motorentechnik nicht allzu stark verändern zu müssen.

Dank Fracking haben es die USA geschafft, den seit Anfang der 1970er anhaltenden Trend fallender Förderraten umzukehren [3]. Die wohl größte Aufmerksamkeit bekommt derzeit diese Technik-Kombination, die aus rein ingenieurtechnischem Blickwinkel eine Meisterleistung darstellt. Die Horizontalbohrungen in tausenden Metern Tiefe, in die unter hohem Druck Flüssigkeiten gepumpt werden, um künstliche Risse in festes Gestein zu sprengen, sind als "Fracking" (Hydraulic Fracturing) bekannt. Die erste bekannte horizontale Bohrung geschah 1929, aber erst in den 1980ern wurde die Technik ökonomisch anwendbar [2]. Dabei wird ein Gemisch aus Wasser, Sand und Chemikalien nach unten gebracht. Während Sand die Aufgabe hat, die entstandenen Spalten offen zu halten, soll der Anteil der Chemikalien (rund 5 Prozent) unter anderem die Reibung des Bohrwassers verringern, den Transport des Sandes unterstützen und Bakterienbefall mit möglicher Faulgasbildung verhindern [3].

Da die horizontale Bohrmethode einen Umkreis von etwa 2 km um eine Bohrstation erschließt, ist also bei flächendeckender Anwendung mit einer Bohrstation etwa alle 4 km zu rechnen. Tausende Bohrungen pro Lagerstätte sorgen in Konsequenz für ein dichtes Netz an Bohrstationen wie auch ein engmaschiges Durchbohren der oberen Schichten der Erdkruste. Selbst wenn die Wahrscheinlichkeit von defekten Bohrungen gering sein mag (sie werden innen mit Beton ausgekleidet, um sie von den umliegenden Gesteinsschichten zu isolieren), steigt bei der großen Zahl an Bohrungen insgesamt natürlich die Zahl zu erwartender Defekte [2]. Weil aber die Gefahr besteht, dass der Chemie-Cocktail das Grundwasser vergiftet und Bohrungen im Untergrund zu kleineren Beben führen können, ist in dicht besiedelten Regionen größte Vorsicht geboten bzw. ganz zu verzichten [3]. Neben den Chemikalien ist zunehmend der immense Wasserbedarf ein Diskussionsthema beim Fracking. In den USA werden je Gasquelle zwischen 8 und 19 Millionen Liter Wasser benötigt [5] – Entsorgung unklar!

Diese Technik soll angeblich die Sorge um ein Ölfördermaximum gänzlich vertreiben, denn sie macht Ressourcen von enormem Umfang nutzbar. Aber laut IEA scheinen 2030 auch diese Vorkommen an ihre Grenzen zu stoßen. Die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe sieht erst 2036 als das Jahr, bis zu welchem die Ölfördermenge damit "maximal" steigerbar sei. Die technikgebundene Euphorie suggeriert überdies: Vermutlich werden wir auch danach weitere Öl- und Gasressourcen verfügbar machen und uns falls nötig weitere Technologien einfallen lassen. Fracking sei die neue Technologie der Ölförderung und könne selbst den stark wachsenden Ölbedarf Chinas und Indiens abdecken. Vielleicht bringt Fracking einen Zeitgewinn, eine Entziehungskur steht den Öl-Junkies trotzdem ins Haus [2] – zu diesen gehören wir wohl auch?!

Eine Besonderheit der Fracking-Technik darf nicht übersehen werden: die Förderkurve (Zeitverlauf der Fördermenge). Während konventionelle Ölfördermethoden eine glockenförmige Förderkurve hervorbringen, die nach Überschreiten des Maximums vergleichsweise sanft abfällt, gleicht die Förderkurve beim Fracking einer Klippe: Der Maximalwert der Förderung wird direkt nach der Bohrung erreicht und sinkt danach extrem ab. Binnen 3 Jahren liegt die Ergiebigkeit der Fracking-Bohrungen oft nur noch bei 10 Prozent

---

Häufige Abkürzungen:

IEA	Internationale Energie-Agentur
EEG	Erneuerbares-Energien-Gesetz.
NEP	Netzentwicklungsplan, betrifft hier das Hochspannungsnetz für Stromfernübertragung in Deutschland.
kWh	Kilowattstunde, ein Maß für die Energiemenge.
KWK	Kraft-Wärme-Kopplung, dh. ein Stromgenerator wird durch einen Motor oder eine Turbine angetrieben, deren Abwärme genutzt wird.
BHKW	Blockheizkraftwerk – eine kleine KWK für kleinen Strom- und Wärmebedarf (z. B. für Ein- und Zweifamilienhäuser).
BDH	Bundesindustrieverband Deutschland Haus-, Energie- und Umwelttechnik

des Anfangsjahres, die Bohrungen verlieren über 30 Prozent pro Jahr, während die konventionelle Rate bei etwa 6 Prozent liegt [2].

Es gibt einen „Netzentwicklungsplan Strom“, der uns die „Stromautobahnen“ beschert, und es gibt auch eine „Netzentwicklungsplan Gas“. 14 deutsche Ferngasleitungsnetzbetreiber haben im „NEP Gas 2012“ mit 32 Baustellen den Zubau von 730 km Leitungen und Verdichter mit insgesamt 360 MW Leistung für die nächsten zwei bis drei Jahre stehen [4]. Für 2015 bis 2017 planen die Ferngasleitungsnetzbetreiber weitere Gastransportprojekte, mit denen große Gasspeicher in Österreich besser an das süddeutsche Ferngasleitungsnetz angebunden werden sollen. 47 Projekte dienen laut Bundesnetzagentur einer verbesserten Nord-Süd-Verbindung sowie dem Anschluss neuer Gaskraftwerke und Speicher, die zur Verbesserung der Versorgungssituation in Süddeutschland beitragen. Der NEP Gas 2012 geht davon aus, dass der deutsche Gasbedarf bis 2022 moderat zurückgeht – das Fracking spielt hier wohl (noch) keine Rolle!

In Deutschland finden sich nach Angaben der US Energy Information Administration (EIA) immerhin 230 Milliarden Kubikmeter Schiefergasressourcen. Das würde für mehr als zwei Jahre den heimischen Gasverbrauch decken. Die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe geht sogar von Ressourcen von 1.300 bis 2.300 Milliarden Kubikmeter aus. Davon wäre aber nur ein kleiner Teil förderbar [5]. Weitere Länder mit großen Gasressourcen sind Argentinien, Mexiko und Südafrika. In Europa stechen Polen und Frankreich hervor. Die Frage der Ausbeutung wird in den zwei Ländern allerdings grundlegend verschieden gesehen. Frankreich ist ein entschiedener Gegner dieser Art der Gasförderung. Seit 2011 ist dort das Fracking absolut verboten. Polen dagegen will so schnell wie möglich die eigenen Ressourcen erschließen und hofft, damit die Abhängigkeit von russischem Gas zu vermindern. Auch in Großbritannien werden sehr große Vorkommen vermutet. In Großbritannien wurde das Fracking als Fördermethode zugelassen [5]. Die Realisierbarkeit einer Förderung unterliegt harten ökonomischen Bedingungen: Analysten der Deutschen Bank errechneten, dass eine Gasquelle in Europa mit circa 10,7 Millionen Euro dreimal so teuer ist wie in den USA [5].

Geht es nur ums Geld?

Die Stromerzeugungskosten aus Steinkohle, Braunkohle und Uran wurden jahrelang subventioniert – aus Steuergeldern und nicht sichtbar für den Wähler, auch nicht auf der Stromrechnung! Die Erneuerbaren Energien werden aber direkt per Stromrechnung bezahlt vom bürgerlichen Verbraucher (also von Menschen – häufig mit Gefühl fürs Sparen) mit einem durch diverse Tricks ausgehöhlten Verfahren, das einer Operation am lebenden Objekt gleichkommt – und das nicht nur ohne Narkose, sondern noch mit öffentlichem Geplärr über die Preissteigerungen und Verleugnen der Ursachen [13]! Die wahren Strompreise [7] in Cent je kWh mit den Subventionen wären bis 2012 gewesen für...

- Atomstrom*: 42,2
- Sonnenstrom**: 36,7
- Braunkohlestrom*: 15,6

- Steinkohlestrom*: 14,8
- Windstrom: 8,1
- Wasserstrom: 7,6

Das Verhältnis zu den Lebenshaltungskosten in Deutschland im Jahr 2011 zeigt folgendes [6]:

- Wohnung und Wasser: 20 Prozent
- Verkehr und Kommunikation: 17 Prozent
- Nahrungs- und Genussmittel: 15 Prozent
- Gas und Brennstoffe: 2,4 Prozent
- Strom: 2,3 Prozent (kleine/große Einkommen 4,6 Prozent/2,1 Prozent)

Absolute Zahlen der Energiekosten in Euro einer Familie mit Einfamilienhaus von 2003 und 2013 bei einem Verbrauch von 2.500 L Heizöl, 4.000 kWh Strom, 25.000 km mit dem Auto sind genauer [1]:

- Heizung und Warmwasser: 2003 925 Euro, 2013 2.250 Euro (plus 143 Prozent)
- Strom: 2003 688 Euro, 2013 1.128 Euro (plus 64 Prozent)
- Auto: 2003 1.908 Euro, 2013 2.818 Euro (plus 48 Prozent)
- Gesamt: 2003 3.521 Euro, 2013 6.169 Euro (plus 76 Prozent)

Im Gesamtanstieg von 2648 Euro stecken 260 Euro durch die Energiewende und darin wieder 100 Euro reine EEG-Förderung.

Preissteigerungen werden mit der angeblich teuren Ökoenergie begründet, tatsächlich sorgen die Erneuerbaren Energien an der Strombörse für sinkende Preise, weil viel kostengünstiger Strom aus Sonne und Wind erzeugt wird. Die Beschaffungspreise an der Börse sind in den letzten vier Jahren um 20 Prozent gesunken. Die Preispolitik der großen Energieversorger geht vor allem zu Lasten der Privathaushalte. Während die Haushaltsstrompreise seit 2008 über 20 Prozent gestiegen sind, sanken im selben Zeitraum die Preise für Industriekunden um fast 3 Prozent [10].

Durch die ständig steigenden Beiträge für die EEG-Umlage hat auch der Mittelstand zunehmend Wettbewerbsnachteile. Das Ganze System der EEG-Umlage scheint eher planwirtschaftlich aufgebaut ohne Rücksicht auf die Effizienz bei der Stromerzeugung. 50 Prozent des Strompreises sind inzwischen staatliche Abgaben und Steuern, 25 Prozent entfallen auf das staatlich regulierte Netzentgelt, so dass für Stromerzeugung und Handel 25 Prozent übrig bleiben [10].

Wer hat eigentlich die Kraft, die Kompetenz für die Energiewende?

Es ist nicht zu übersehen: die Energiewende ist ein Stiefkind der jetzigen Regierung. Es gibt aus den einen Lagern bei jeder Gelegenheit Unkenrufe und Denunzierung der Erneuerbaren Energien, wobei sich immer wieder Profitsucht entblößt. Der Großindustrie werden Vorteile gewährt und Großprojekte zugeschoben. Die Regierung lässt das Klotzen nicht:

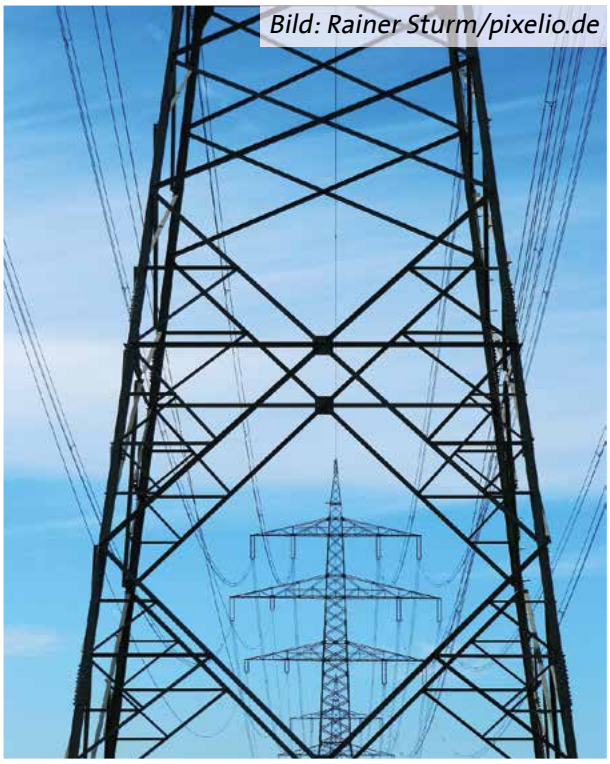


Bild: Rainer Sturm/pixelio.de

- Neues Pumpspeicherkraftwerk am Jochberg (neben dem Walchensee),
- Nordsee-Windpark fern vom großen Strombedarf (Bayern),
- Hochspannungstrassen anstelle von Ausbau der Niederspannungsnetze vor Ort,
- Bevorzugen von Großkraftwerken anstelle von Schwarmkraftwerken vor Ort,
- Besserstellung von Stromgroßverbrauchern über die Ökostromumlage (EEG-Umlage).

Es läuft wie damals bei der Müllvermeidung: Die Bevölkerung ist wieder der Politik voraus – aber daraus wurde das monströse und sachfremde Duale System, das mehr verbrennt als recycelt. Demokratie geht anders! Haben wir Bundeskanzler oder Wirtschaftskonsuln? Kosten dämpfende Entwicklungen an der Strombörse werden nicht weitergegeben an die Kunden. Wir brauchen mehr Wettbewerb auf dem Energiemarkt, die Macht und der Einfluss der großen Konzerne ist zu reduzieren. Generell ist weiter zu dezentralisieren, so dass wir uns unabhängiger machen von den vier Netzbetreibern. Es ist falsch, die Macht der großen Energieversorger bis in den Bereich der erneuerbaren Energien zu lassen. Eine Aufspaltung dieses vermeintlichen Monopols bis jetzt jedenfalls nicht gelungen [8].

Die Rolle der Stadtwerke [14]

Die Kommunen wollen den Weg der Rekommunalisierung der Energieversorgung gehen, sodass wir auch Stadtwerkestrukturen stärken und eine neue Balance zwischen Stadtwerken und großen Energieversorgern finden müssen. Die Stadtwerke sollen nicht nur diejenigen sein, die Strom von den Großen kaufen und ihn dann vermarkten, sondern selber wieder in die Produktion einsteigen, damit neue Erzeugungskapazitäten und damit mehr Wettbewerb am Markt sicherstellen [8].

Die Stadtwerke stehen in der Poleposition aber die Energiewende ist kein Selbstläufer für die Stadtwerke, sie müssen auch aktiv werden. Der Verbande kommunaler Unternehmen beklagt: „Die derzeitigen politischen Rahmenbedingungen machen den Aus- und Umbau hin zu einem effizienteren, bezahlbaren und umweltfreundlicheren Energiesystem unmöglich. Mehr Wettbewerb und volkswirtschaftliche Effizienz sowie weniger regulatorische Eingriffe, das muss die Maxime sein.“ Ein neues Energiemarktdesign müsse so unbürokratisch wie möglich sein und Stadtwerken ermöglichen, sich ohne Beschränkungen am zukünftigen Energiemarkt zu beteiligen.

Laut Deutsche Bank Research ist zu erkennen, dass viele der geplanten Maßnahmen nur dann realisiert werden können, wenn sie staatlich gefördert werden. Dies hat Folgen für den Wettbewerb im Energiesektor. Zwar steigt durch die dezentralere Energieversorgung die Zahl der Anbieter im Strom- und Wärmemarkt, was für mehr Wettbewerb spricht. Doch gleichzeitig verzerren Subventionen für einzelne

* ohne Folgekosten für Entsorgung

** wegen hoher Investitionen zu Anfang

Energieerzeugungsformen den Wettbewerb zwischen den Energieträgern.

Etwa die Hälfte seines Strombedarfs produziert der Kölner Energieversorger RheinEnergie AG bereits selbst. Dies wird noch zunehmen, da mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien ein Wechsel von der zentralen hin zu immer mehr dezentraler Energieversorgung stattfindet. Das heißt, Energie wird zunehmend dort erzeugt, wo sie benötigt wird. Stadtwerke seien hervorragend geeignet, um auch als Projektentwickler und Investoren tätig zu werden und Bürger zu beteiligen.

Die Stadtwerke sind unverzichtbarer Bestandteil der Energiewende. Die regionalen Energieversorger würden die Nahtstelle zwischen Politik, den großen Netzbetreibern und auch den Verbrauchern bilden. Stadtwerke können Lösungen bereitstellen, um die Energiewende zum Erfolg zu führen.

Alles hängt jedoch vom EEG ab. Für die Kölner Stadtwerke ist es ein gordischer Knoten. Bisher sei das Gesetz hervorragend dafür geeignet gewesen, um erneuerbare Energien aus dem Nischenmarkt herauszuholen. Nur: Inzwischen sind 23 Prozent der deutschen Stromproduktion Ökostrom. Das EEG schafft Investitionsanreize für erneuerbare Energien, die für den Bau von flexiblen Erdgaskraftwerken fehlen – aber gerade die und Schwarmkraftwerke können die Versorgungssicherheit gewährleisten. Investitionen in neue Kraftwerke liegen daher bei vielen Stadtwerken auf Eis.

In unterschiedlichen Projekten haben die Stadtwerke Speyer in den vergangenen Jahren Erfahrungen mit neuen Geschäftsmodellen gesammelt. Ein Engagement, das sie auf Seiten der Politik vermissen. Deutschland hätte schon vor zehn Jahren mit dem Ausbau und der Steuerung von Stromnetzen sowie der Entwicklung von Speichertechnologien beginnen müssen. Gesetzliche Anreize gibt es dafür bis heute nicht. Die Regulierung durch die Bundesnetzagentur wird heute noch so betrieben, als wenn es keine Energiewende gäbe. Strom zur Gänze aus erneuerbaren Energien zu gewinnen sei unproblematisch. Eine verlässliche und bezahlbare Stromversorgung in Deutschland sei zu keinem Zeitpunkt durch Kapazitätsengpässe gefährdet. Der Markt sorgt für ausreichend Strom.

Um die Energiewende zu beschleunigen, müssen die Endverbraucher die Scheu vor der Speichertechnologie verlieren. Gelingen kann dies nur, wenn die gesetzlichen Vorteile der Eigenerzeugung an Dienstleister weitergeben werden und damit unter anderem die Stadtwerke als Systemdienstleister ein neues Geschäftsfeld erschließen können: Die Energiewende ist auch ein Wandel der Stadtwerke.

Privatisierte Stadtwerke sind heute ein Problem, denn Privatisierung in eine Aktiengesellschaft hat zur Folge: mangelnder Einblick und verhinderte Korrekturmöglichkeit aufgrund des Aktienrechtes, keine Investorensicherheit. Wer Investoren verunsichert, der fügt der Wirtschaft immer Schaden zu. Fehlende Verlässlichkeit und Planbarkeit schaden jedem vernünftigen Wirtschaften. So werden Investoren ins Ausland getrieben [9].

Anfang vom Ende?

Was die Regierung in diesen Tagen vorschlägt, klingt verbraucherfreundlich, ist aber wirtschaftsfeindlich. Mit dem Plan einer „Strompreissicherung" wird sie den Ausbau der erneuerbaren Energien eher stoppen als fördern. Sie übergeht dabei ganz einfach, dass die Erneuerbaren immer preiswerter werden und die alten Energieträger immer teurer.

Das heißt: Je schneller die Energiewende läuft, desto besser wirkt sie schon mittelfristig für die gesamte Volkswirtschaft. Wer aber eine gerade begonnene Energiewende mit kurzsichtigen taktischen Winkelzügen ausbremst, verteuert unnötigerweise die Energiekosten für Wirtschaft und Verbraucher. Und er erschreckt Investoren, die in erneuerbare Energien investieren wollen. Der neue Kurs fördert nicht die deutsche Energiewende, sondern eher das Ende dieser Wende [9]. Der Plan der Regierung, bestehende Solaranlagen rückwirkend zu besteuern, wird wohl rechtlich so sicher nicht durchgehen. Die entschädigungslose Einziehung des Erststroms stellt nicht nur eine Form der Enteignung dar, sondern wäre auch das Ende des Einspeisevorrangs. Und damit der Anfang vom Ende des EEG. Was vor gut 10 Jahren als geniales Gesetz auf 6 knapp formulierten Seiten begann, ist bis jetzt von Mutlosen, Zauderern und Besitzstandswahrern bereits auf das 15-fache aufgebläht und zerredet worden. Nach den neuen Eingriffen besteht die Gefahr, dass es dann wohl bald endgültig demontiert sein wird [11]. Der Stadtrat von Erlangen hat zusammen mit seiner „Lenkungsgruppe EnergieeffizientER" mit seiner Resolution „Energiewende in Gefahr" schwerwiegende Bedenken dahingehend geäußert und festgestellt, dass die Energiewende ins Stocken geraten ist. Hintergründe, Unzulänglichkeiten und Versäumnissen werden benannt und eine Reihe von Forderungen gestellt [15].

Quellenverzeichnis:

[1] Focus, 15. Februar 2013 „Die Strompreisbremse im Check – Wird der Strom jetzt endlich billiger?"

[2] Heise, 29. Januar 2013 „Fracking: Auf zu neuen (Fall-)Höhen?"

[3] Focus, 6. Februar 2013 „Gigantische Schiefergasvorräte – Das ist der Treibstoff für Obamas Wirtschaftsboom"

[4] VDI nachrichten, 1. Januar 2013 „Netzentwicklungsplan Gas soll transparenter werden"

[5] Focus, 11. Januar 2013 „Fracking als Chance: Das steckt hinter dem Schiefergas-Hype"

[6] Die Zeit, 4. Februar 2013 „Energiepolitik – Der Spaltpilz der Opposition"

[7] Süddeutsche Zeitung, 6. November 2012 „Das Märchen vom teuren Ökostrom"

[8] Deutschlandfunk, 14. Februar 2013, Matthias Machnig (SPD), „Stadtwerke stärken und Stromsteuer senken"

[9] Heise,30. Januar 2013, Franz Alt, „Altmaiers Kurs: Ende oder Wende? – Ein Kommentar"

[10] 3Sat Makro, 11. Januar 2013 „Strom/Unter Spannung/Am Pranger/Die Mär vom teuren Ökostrom/Die Angst der Monopolisten/Mittelstand/Weniger Plan!/ Die Strompreislüge"

[11] Heise, 6. Februar 2013 „Kehraus der Energiepolitik ... das EEG auch rückwirkend ausgehebelt werden"

[12] Focus, 18. Februar 2013 „Ökoheizungen wenig gefragt – Billiges Erdgas verzögert die Energiewende"

[13] H. Allabauer, 7. Dezember 2012 „Energiewende: So geht's! Und nicht „Strompreis!? – Schlag' auf – Hau' drauf"!" Edition E.

[14] VDI nachrichten, 25. Januar 2013 „Energiewandel nur mit Stadtwerken machbar"

[15] Stadt Erlangen, 20. Dezember 2012 „Resolution: Energiewende in Gefahr", http://www.erlangen.de/desktopdefault.aspx/tabid-1047/gcsq-resolution%20ernergiewende/

Protokoll der Jahreshauptversammlung am 5. Februar

Die Versammlung findet ab 19:30 Uhr in der Gaststätte „Angerwirt“ statt. Anwesend sind 12 stimmberechtigte Genossinnen/Genossen, als Gast wird Barbara Pfister als Betreuungsstadträtin begrüßt. Die in der besonderen Einladung zur Versammlung vorgeschlagene Tagesordnung wird um die Punkte „Bericht aus der Stadtratsfraktion“ und „Wahl der Distriktsvertreter zum Kreisvorstand“ erweitert.

Die Tagesordnungspunkte „Rechenschaftsbericht des Distriktvorstands“ (der Bericht liegt der Versammlung in Schriftform vor) und „Kassenbericht“ werden ohne weitere Diskussion der Berichte erledigt, der „Bericht der Revisoren“ bescheinigt der Distriktskassiererin eine korrekte Konto-/Kassenführung. Die beantragte Entlastung von Vorstand und Kassiererin erfolgt ohne Gegenstimmen.

Aus dem Tagesordnungspunkt „Neuwahlen zum Distriktsvorstand“ ergeben sich folgende Resultate: Vorsitzender wird Munib Agha, stellvertretende Vorsitzende Marianne Vittinghoff. Als Kassiererin wird Gerlinde Köhn wieder gewählt, als Schriftführer Klaus Mattischeck, als Beisitzer fungieren Claudia Rieger-Strobel und Friedrich Mirle, das Amt der Revisoren übernehmen Ute Preuß und Gerd Worm. Die Vertretung des Distrikts im Kreisvorstand wird von Munib Agha und Marianne Vittinghoff wahrgenommen.

Der Distrikt schlägt folgende zwei Kandidaten für eine aussichtsreiche Platzierung auf der SPD-Stadtrats-Kandidaten-Liste vor: Munib Agha und Gerd Worm. Außerdem erklären sich zur Kandidatur (auf hinteren Plätzen) bereit: Wolfgang Peter, Friedrich Mirle, Marianne Vittinghoff. In die sogenannte Findungskommission entsendet der Distrikt Klaus Mattischeck, für den Fall von Terminschwierigkeiten – die Treffen der Findungskommission sind bisher nicht terminiert – übernimmt diese Funktion Wolfgang Peter.

Als Termin für die nächste Distriktsversammlung wird der 2. April 2013 festgelegt. Die Versammlung wird gegen 21:30 Uhr geschlossen.

Klaus Mattischeck

Distrikt Anger-Bruck

Vorsitzender:
Munib Agha
munib_agha@hotmail.com

Liebe Genossinnen und Genossen,
unser nächstes Distriktstreffen ist am

Dienstag, 19. März,
19 Uhr im Schützenhaus

Tagesordnung:
wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand
Manfred Jelden

Distrikt Eltersdorf

Vorsitzender:
Manfred Jelden
Telefon: 601333
manfred.jelden@nefkom.net

Liebe Distriktsmitglieder,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Distriktsjahreshauptversammlung
am MITTWOCH, 6. März,
20 Uhr, TSV-Sportheim
(ab 19 Uhr zwangloses
Treffen zum Essen)

Tagesordnung
1. Aktuelles
2. Bericht des Distriktsvorstands
3. Bericht des Kassiers
4. Bericht der Revisoren
5. Aussprache
6. Entlastung des Vorstands
7. Neuwahlen
   a) Vorsitzende/r
   b) Stellvertreter/in
   c) Kassier/erin
   d) 1 Vertreter und 1 Vertreterin für den KV
   e) 2 Revisoren/innen
8. Jahresplanung
   - Themen
   - Termine
9. Verschiedenes

Für den Vorstand
Elizabeth Rossiter

Distrikt Frauenaurach

Vorsitzende:
Elizabeth Rossiter
Telefon: 992619
e.rossiter@web.de

Distrikt Innenstadt

Vorsitzender:
Michael Zimmermann
Telefon: 699118
zi-mi@web.de

Liebe Distriktsmitglieder,
hiermit laden wir Euch herzlich ein zur

Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen am 12. März, 20 Uhr, Nebenraum des „Orpheus“ (Luitpoldstraße 25)

Vorschlag für die Tagesordnung:

1. Aktuelles
2. Beschluss über die Tagesordnung
3. Wahl einer Versammlungsleitung
4. Rechenschaftsbericht des Vorsitzenden sowie Kassenbericht
5. Aussprache zu den Berichten
6. Entlastung des Vorstandes
7. Wahlen:
   - einer Wahl- und Zählkommission
   - der/des Vorsitzenden
   - der StellvertreterInnen
   - der/des ReferentIn für Organisation
   - der/des Verantwortlichen für die Kasse
   - der RevisorInnen
   - der VertreterInnen des Distrikts im Kreisvorstand
8. Verschiedenes

Wir freuen uns auf zahlreiches Erscheinen.

Für den Vorstand,
Michael Zimmermann

Distrikt Ost

Vorsitzender:
Christofer Zwanzig
Telefon: 4003764
christofer@zwanzig-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen am Dienstag, 12. März, 19 Uhr (!), Waldschänke (Lange Zeile 104)

Vorläufige Tagesordnung

TOP 1 Aktuelles
TOP 2 Rechenschaftsbericht, Finanzbericht, Aussprache
TOP 3 Neuwahlen
- Vorsitzende/-r
- stv. Vorsitzende/-r
- Kassier/-in
- Schriftführer/-in
- Beisitzer/-innen
- Revisor/-innen
- Distriktsvertreter/-innen im Kreisvorstand

TOP 4 Jahresplanung 2012
TOP 5 Erarbeitung kommunalpolitischer Forderungen des Distrikts – Thema Wohnen
TOP 6 Sonstiges

Mit solidarischen Grüßen
Christofer Zwanzig und Birgit Hartwig

Distrikt Süd

Vorsitzende:
Brigitte Rohr

Kontakt:
Dr. Andreas Richter
andreas.m.j.richter@web.de

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen am Dienstag, 5. März, 19 Uhr, Biergarten am Röthelheim, Röthelheim 40c

Vorgeschlagene Tagesordnung:

1. Aktuelles
2. Bericht des Distriktsvorstands
3. Bericht des Kassiers
4. Bericht der Revisoren
5. Aussprache
6. Entlastung des Vorstands
7. Neuwahlen von
   - Vorsitzende/-r
   - Stellvertreter/-in
   - Kassierer/-in
   - 2 Revisor/-innen
8. Kommunalwahl 2014
   - Vorstelllung der Distriktskandidaten/-innen für die Stadtratswahl
   - Reihung der Kandidat/-innen
   - Wahl einer/-s Vertreters/-in in der Listenfindungskommission und einer Ersatzperson
   - Organisatorisches: Planungen zur Kommunalwahl
9. Wahlkampf 2013 (u.a. gemeinsames Fest mit Distrikt Ost)

Wir freuen uns auf anregende Gespräche und hoffen auf zahlreiches Erscheinen!

Brigitte Rohr
für den Vorstand

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Distriktversammlung am Dienstag, 12. März, 20 Uhr, Schlossgaststätte

Tagesordnung:
1) Aktuelles
2) Reihung der Stadtratskandidaten, Nominierung der Distriktsvertreterinnen im Kreisvorstand
3) Vorbereitung der Ortsbeiratssitzung
4) Planung der Veranstaltung am 16.06. Antrag an den Kreisvorstand
5) Arbeit am Ortsteilprogramm
6) Themenfindung und Aufgabenverteilung für die nächste Ausgabe des Tennenloher Boten.
7) Verschiedenes; Planungen etc.

Weitere Ankündigungen: Distriktversammlungen am 9. April und am 14. Mai.

Für den Vorstand
Rolf Schowalter

Protokoll der Distriktssitzung vom 19. Februar

1. Aktuelles
Der Distrikt diskutiert die Nominierungsveranstaltung unseres Oberbürgermeisterkanditaten Dr. Florian Janik. Sieben Genossen des Distrikts haben die Veranstaltung im E-Werk besucht. Die Einschätzung war sehr positiv.

Im Rückblick wurde auch der Empfang des Ortsbeirats Tennenlohe am Fraunhofer IIS als sehr informativ und interessant bezeichnet, auch wenn der Oberbürgermeister dabei nicht die beste Figur abgegeben hat. Rolf Schowalter hatte dies in einem Leserbrief dargelegt.

Die Aschermittwochsveranstaltung der SPD in Vilshofen ist von drei Mitgliedern des Distrikts besucht worden. Sie berichteten von einer sehr guten Stimmung und interessanten Redebeiträgen.

2. Rechenschaftsbericht des Vorstands.
Der Distrikt hat zurzeit 29 Mitglieder. Das Durchschnittsalter des Distrikts ist hoch. Im Dezember 2012 wurden in der

Distrikt Tennenlohe

Vorsitzender:
Rolf Schowalter
Telefon: 601924
rolfschowalter@t-online.de

"Katholisch operieren – evangelisch putzen" Arbeitsrechtliche und andere Privilegien der Kirchen

Ingrid Matthäus-Maier

Vortrag mit Diskussion

Dienstag, den 5. März 2013, 19.00 Uhr

Frankenhof, Großer Saal
Südliche Stadtmauerstr. 35
Erlangen/Bayern

Bund für Geistesfreiheit Erlangen e.V.
zusammen mit
Giordano-Bruno-Stiftung
Regionalgruppe Mittelfranken

Ca. 1,5 Mio Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind bei der katholischen Caritas und der evangelischen Diakonie beschäftigt. Die katholische wie die evangelische Kirche gehören damit zu den größten Arbeitgebern in Deutschland. Obwohl die Kosten der Einrichtungen, die von diesen Organisationen betrieben werden (Krankenhäuser, Altenheime, Kindergärten), zu 90 bis 100 % von der Allgemeinheit bezahlt werden, aus der Steuer oder von den Sozialkassen, haben die Kirchen in diesen Einrichtungen ein kirchliches Sonderrecht abweichend von den sonst geltenden Rechten der Arbeitnehmer durchgesetzt, den sog. Dritten Weg: Es gibt kein Streikrecht und kein Recht auf Gründung eines Betriebsrates. Außerdem nimmt sich die kath. Kirche das Recht, Personen, die nicht ihren Moralvorstellungen entsprechend leben, z. B. Homosexuellen, Personen, die geschieden und wiederverheiratet sind, zu kündigen. Und Personen, die nicht zur Kirche gehören, werden dort gar nicht erst eingestellt. Diese Zustände finden keineswegs nur Freigeister skandalös.

Ingrid Matthäus-Maier setzt sich seit langem gegen diese Sonderrechte der Kirchen ein. Schon 1974 war sie, als Vorsitzende der Jungdemokraten, maßgeblich an der Verfassung des damals wie heute erstaunlich fortschrittlichen FDP-Kirchenpapiers „Freie Kirche im Freien Staat" beteiligt, das eine klare Trennung von Staat und Kirche (u.a. die Abschaffung des staatlichen Kirchensteuereinzugs und die Ablösung sämtlicher exklusiver Staatsleistungen an die Kirchen) forderte. Auch in ihrer Zeit als Bundestagsabgeordnete (1976-1982 für die FDP, 1983-1999 für die SPD) setzte sie sich gegen die kirchlichen Privilegien ein. Sie ist im Beirat der Giordano-Bruno-Stiftung und zur Zeit Sprecherin der Kampagne "Gegen religiöse Diskriminierung am Arbeitsplatz (GerDiA)", die von der GBS und verschiedenen säkularen Verbänden getragen wird.

Nach dem Vortrag besteht Gelegenheit zur Diskussion!
Wir freuen uns auf einen interessanten Vortrag.
Der Eintritt ist frei!

V.i.S.d.P.: Dr. Theodor Ebert, Schobertweg 41, 91056 Erlangen

Ehrungs-KMV 5 Mitglieder für 40jährige Mitgliedschaft in der SPD geehrt. 2012 fanden 10 Distriktsitzungen in Tennenlohe statt. Das Distrikttreffen im Juni wurde ins E-Werk zu einer Infoveranstaltung zur STUB verlegt. Ein weiteres Treffen fand im Eiscafe in der Tennenloher Ladenpassage statt. Ein Höhepunkt war die Wochenendwanderung des Distrikts im Fichtelgebirge. Das traditionelle Gansessen zu Martini ist wieder von vielen Distriktmitgliedern und -freunden besucht worden. Bei der Bürgerversammlung hatten Mitglieder des Distrikts mehrere Anträge gestellt, die zum Teil noch nicht abgearbeitet sind. Die Tennenloher SPD hat sich im letzten Jahr auch in die Tennenloher Infobroschüre „Alles Nah – Alles Da“ eingebracht.

2012 wurde der Distrikt besucht von:

- SV-Tennenlohe zum Thema Spielplatzerweiterung
- Fernando Roumiguiere zum Thema Nutzung der Kernenergie
- Hannes Allerbauer zum Thema Energiewende
- Markus Beier zum Thema Gesundheitsreform

Drei Ausgaben des Tennenloher Bote wurde 2012 veröffentlicht. Bei der letzten Ausgabe wurde auf Farbdruck umgestellt. Rolf Schowalter arbeitet intensiv an der Tennenloher Homepage und veröffentlich viele aktuelle Informationen

In der folgenden Aussprache wird die Arbeit des Vorsitzenden sehr gelobt.

3. Kassenbericht von Gerd Büttner
Der Distrikt hat das letzte Jahr mit einem positiven Ergebnis von Euro 23,66 abgeschlossen. Der Kassier erwartet die Überweisung einiger überständiger Mitgliedsbeiträge, womit der Distrikt die anstehenden Wahlkämpfe unterstützen möchte.

4. Kassenprüfung und Entlastung
Kassenprüfer Adolf Most berichtet, dass die Kasse geprüft wurde. Die Kassenführung ist vorbildlich. Er beantragt die Entlastung. Die Kassenführung wird von den anwesenden acht Distriktmitgliedern einstimmig bei einer Enthaltung entlastet.

5. Planung für 2013
Für das laufende Jahr sind drei Ausgaben des Tennenloher Bote geplant. Die erste Ausgabe ist im April, die zweite zur Wahl im September und die letzte im Dezember vorgesehen.

Der Distrikt wird für den Kommunalwahlkampf in den nächsten Monaten ein Ortsteilprogramm erarbeiten.

Der Schaukasten könnte und sollte im kommenden Jahr häufiger genutzt werden. Die Verteilung des Monatsspiegels wird künftig Ulla Schnapper übernehmen.

Die bereits einmal durchgeführte Pro und Contra-Diskussion soll als neue Diskussionsform bei geeigneten Themen weiterhin erprobt werden.

Hans Hauer

Distrikt West

Vorsitzender:
Gerd Peters
Telefon: 44366
gerd.peters-er@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir möchten Euch herzlich zu unserem Märztreffen einladen am

Mittwoch, 20. März, 20 Uhr im Gasthof „Zur Einkehr“ (Güthlein)

Folgende Tagesordnung ist vorgesehen:

1. Energiewende in Erlangen. Referent und Diskussionspartner ist Stefan Jessenberger von der Initiative Energiewende ErHlangen
2. Berichte aus Kreisvorstand, Stadtratsfraktion und Ortsbeirat
3. Aktuelles und Verschiedenes

Wir hoffen auf Euer Interesse an diesem hochaktuellen Thema!

Im Auftrag des Vorstands
Gerd Peters

P. S.: Bei unserer Jahreshauptversammlung – 20 Genossinnen und Genossen waren gekommen – wurde der Vorstand aus Gerd Peters (Vorsitzender), Lena Zoglauer (Stellvertreterin), Philipp Dees (Kassier) und Sören Brandmähl-Kraus, Hans Buerhop, Dirk Goldenstein, Heidrun Meier und Walter Lang (alle Beisitzer) bestätigt. Für die vorderen Plätze der Stadtratsliste schlägt der Distrikt in dieser Reihenfolge Feli Traub-Eichorn, Philipp Dees, Dirk Goldenstein, Norbert Schulz, Sören Brandmähl-Kraus, Christine Bauer und José Luis Ortea Lleras vor. Außerdem unterstützt der Distrikt die Bewerbungen von Dr. Florian Janik (OB-Kandidat und damit Spitzenkandidat) und Anette Christian („Ärzte-Ticket“) für vordere Listenplätze. Für eine Kandidatur auf hinteren Plätzen haben sich bereiterklärt (alphabetisch): Dr. Jürgen Belz, Katrin Hurle, Gerd Peters, Helga Steeger, Lena Zoglauer.

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Jahreshauptversammlung am Mittwoch, 13. März, 15 Uhr im August-Bebel-Haus

Tagesordnung:
1. Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung
2. Aktuelles
3. Rechenschaftsbericht
4. Entlastung des Vorstands
5. Kommunalwahlprogramm der SPD Erlangen
6. Arbeitsplanung 2013
7. Verschiedenes

Die letzten Versammlungen waren leider nicht stark besucht, deshalb werbe ich nochmals heftig für die AG 60plus: Probier es einfach aus und komme, dann kannst du selbst beurteilen ob es der richtige Platz für dich ist.

Ich hoffe auf rege Mitarbeit und grüße im Namen des Vorstands
Hartmut Wiechert

AG 60plus

Vorsitzender:
Hartmut Wiechert
Telefon: 991232
hartmut.wiechert@gmx.de

Herzliche Einladung zur

Sitzung mit Reihung der Stadtratskandidatinnen am Mittwoch, 6. März, 20 Uhr, August-Bebel-Haus

Ausdrücklich eingeladen sind alle Genossinnen, die für den Stadtrat kandidieren und sich bei der AsF vorstellen möchten!

Für den Vorstand
Hildegard Gröger

Protokoll der Jahreshauptversammlung am 20. Februar

TOP1: Tätigkeits- und Rechenschaftsbericht
Bericht siehe gesonderter Artikel

Wir werden auch in Zukunft nur jeden zweiten Monat eine AsF-Versammlung abhalten. Dazwischen finden Vorstandssitzungen statt.

TOP2: Entlastung des Vorstandes
Der Vorstand wird einstimmig entlastet

TOP3: Neuwahl des Vorstandes
Es wird einstimmig beschlossen, dass der Vorstand aus sieben Frauen besteht.

Der Vorstand wird einstimmig gewählt. Vorstandsmitglieder: Johanna Behringer, Saskia Coerlin, Gunda Gerstenmeyer, Hildegard Gröger, Birgit Hartwig, Julie Mildenberger, Barbara Pfister

TOP4: Personalvorschläge
a) Vertreterinnen der Asf im Kreisvorstand: Saskia Coerlin, Gunda Gerstenmeyer
b) Vertreterin im GKV: Hildegard Gröger
c) Vertreterin im Bezirksvorstand: Gertrud Reich-Schowalter

TOP5: Weitere Aufgabenverteilung
a) Führung des AsF-Archivs: Elli Pöschl
b) Vertreterin im Frauengruppentreffen: Gunda Gerstenmeyer

TOP6: Arbeitsplanung und Sonstiges
Nnächste AsF-Sitzung: 8. Mai Thema: Bodies – Schlachtfelder der Schönheit (Susie Orbach)

Neues Thema in Zusammenarbeit mit den Jusos: Gender

Im Rahmen des Wahlkampfes an Frauenwerbung denken.

Frauenthemen sind wieder im Focus: Sexismusdebatte, One Billion Rising, Vergewaltigungen in Indien

Protokoll: Gunda Gerstenmeyer

AsF

Sprecherinnen:
- Johanna Behringer
- Saskia Coerlin
  scoerlin@hotmail.com
- Gunda Gerstenmeyer
- Hildegard Gröger
  Telefon: 502415
- Birgit Hartwig
  Telefon: 55939
  Birgit.Hartwig@web.de
- Jule Mildenberger
  Telefon: 23435
- Barbara Pfister
  Telefon: 502481
  barbara.pfister@fen-net.de

SPD Unterbezirk Erlangen
Arbeitsgemeinschaft
sozialdemokratischer Frauen (ASF)

Internationaler Frauentag 2013

Einladung zum SPD-Frauenempfang 2013

Sonntag 10. März 2013, 11 Uhr
Orangerie im Erlanger Schlossgarten
Schlossgarten 1
91054 Erlangen

SPD

Sehr geehrte Frauen, liebe Genossinnen, liebe Freundinnen,

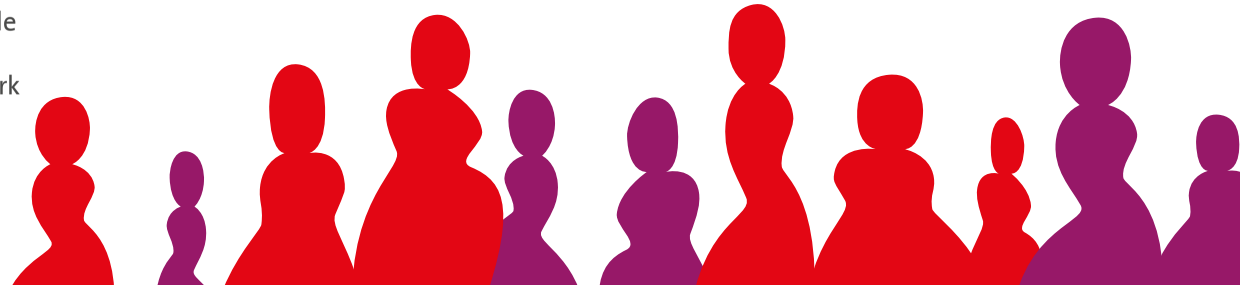
Milliardenverschwendung Betreuungsgeld, gleiche Arbeit – ungleicher Lohn, Frauen fehlen im Management, Sexismus, Gewalt gegen Frauen, die Altersarmut ist weiblich. Die Frauen in unserem Land, ganz besonders Frauen mit Migrationshintergrund, Frauen mit Behinderung, alleinerziehende Frauen, Frauen im Rentenalter brauchen eine Gleichstellungspolitik, die ihren Namen auch verdient. Die Pädagogin Diana Liberova, Vorsitzende des Integrationsrates der Stadt Nürnberg, hat konkrete Erwartungen an die Politik aus ihrer ganz subjektiven Sicht: Migrationshintergrund, bestens ausgebildet, berufstätig, Mutter einer Tochter. Sie steht gleichzeitig für die junge Frauengeneration.

Dieses Jahr ist ein Mehrfach-Wahljahr: Die große Chance für einen Kurswechsel in der Gleichstellungspolitik. Welche Vorstellungen dazu haben unsere SPD-Kandidatinnen? Sie werden es deutlich sagen.

Auch 2013 wird es wie immer bei unserem Frauenempfang locker zugehen. Es gibt Informationen und jede Menge Gesprächsmöglichkeiten, Sekt, Selters, Häppchen und Dezibella – den Erlanger Frauenchor: Wenn Frauen gemeinsam auftreten, dann sind sie unüberhörbar.

Gisela Niclas
Stellvertretende
Vorsitzende
SPD-Unterbezirk

Marina Linke-Speth
Vorsitzende
ASF-Unterbezirk



Programm

Begrüßung Gisela Niclas, stellvertretende Vorsitzende SPD-Unterbezirk Erlangen

„Morgen gibt es den besten Borschtsch von gestern“

Diana Liberova M.A.

Pädagogin, Lehrerfortbildnerin, Interkulturelle Trainerin

Vorsitzende des Rates für Integration und Zuwanderung der Stadt Nürnberg

Musikalische Gestaltung

Dezibella – der Erlanger Frauenchor

Vorstellung der SPD-Kandidatinnen 2013
Martina Stamm-Fibich/Bundestag,
Alexandra Hiersemann/Landtag,
Gisela Niclas/Bezirkstag